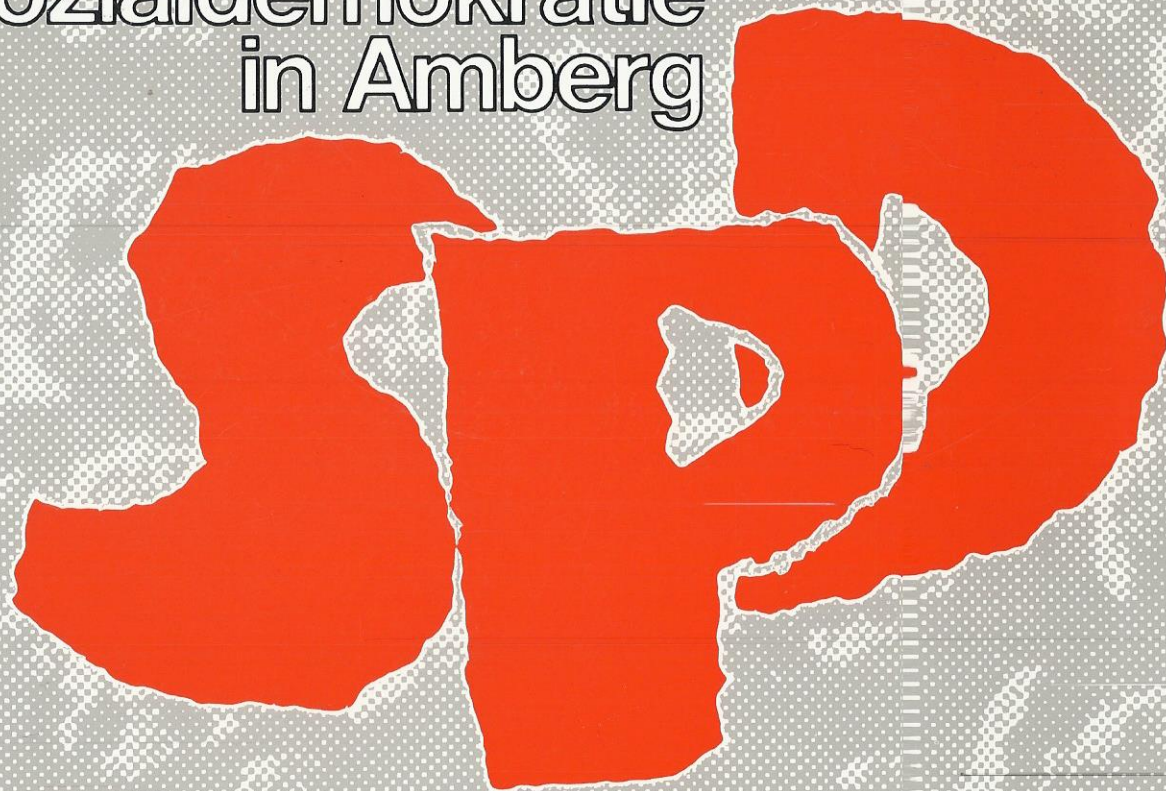


115 Jahre
Sozialdemokratie
in Amberg



115 Jahre
Sozialdemokratie
in Amberg

© 1988

Herausgeber: SPD Stadtverband Amberg

Druck und Gestaltung: Amberger Zeitung

Statt eines Grußwortes

125 Jahre Sozialdemokratie sind für uns ein Anlaß innezuhalten, ein Anlaß zurückzublicken auf die Parteigeschichte der Amberger SPD, die heuer das 115. Jahr ihres Bestehens feiern kann.

Warum haben wir uns die Mühe gemacht, diese 115 Jahre sozialdemokratischer Arbeit und sozialdemokratischen Lebens – beides kann man nur schwerlich voneinander trennen – aufzuarbeiten und mittels einer Ausstellung der Amberger Öffentlichkeit zugänglich zu machen? Es ist auch das lokalhistorische Interesse, das uns bewegen hat, diese oft recht mühselige Arbeit auf uns zu nehmen. Zu viel ist schon verlorengegangen an Wissen über die Arbeit der Genossen vor uns, die sozialdemokratische Ideale vertreten haben in Zeiten, in denen Sozialdemokrat zu sein auch in Amberg bedeutet hat, sich gegen eine ablehnende bürgerliche Mehrheit behaupten zu müssen, in denen Repressalien bis hin zur Verfolgung zum sozialdemokratischen Alltag gehört haben. Zu schnell sind auch die

Namen der Frauen und Männer vergessen, die durch ihre politische Arbeit Amberger Parteigeschichte geschrieben haben. Ihre Leistungen wollen wir bewußt machen, für uns, für Amberg und für die Genossen nach uns.

Aber wir brauchen diesen Rückblick auch für uns selbst und für unsere Arbeit in diesem Stadtverband. Wir brauchen ihn, jetzt, wo eine neue Generation angetreten ist, die alten sozialdemokratischen Werte über den Erfordernissen einer aktuellen Tagespolitik nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Wir brauchen ihn auch als Bestandsaufnahme und als Motivation für unsere weitere Arbeit, weil es auch 115 Jahre nach der ersten Parteigründung in Amberg nicht immer ganz leicht ist, Sozialdemokrat zu sein. Aber zuallererst brauchen wir diesen Rückblick, weil wir stolz sind auf das, was unsere geistigen Eltern geleistet haben und stolz, auf den Traditionen der ältesten demokratischen Partei aufbauen zu dürfen.

Die Anfänge der SPD

Amberg wird Industriestadt

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts vervierfacht sich die Einwohnerzahl Amberg; sie wächst von 6316 im Jahr 1804 auf 22039 im Jahr 1900. Trotz der Verluste durch den Ersten Weltkrieg steigt die Zahl weiter auf 25962 bis ins Jahr 1919. Zwar verliert die Stadt in diesem Zeitraum ihre Funktion als Hauptstadt der Oberpfalz und damit eine Reihe von Beamten, sie gewinnt aber Kasernen hinzu (1837: 2920 Militärangehörige, 1861: 3843; Bau der späteren KWK 1866-68).

Die größte Zahl an Zuwanderern besteht aber aus Arbeitern: 1861 besitzt die Stadt die viertgrößte Fabrikarbeitsdichte Bayerns (864 Arbeiter/127 weibliche) nach Augsburg, Hof, Kaufbeuren und vor Nürnberg. Auf 14 Einwohner trifft ein Arbeiter. 1870 gibt es 1023; die am stärksten industrialisierte Stadt der Oberpfalz ist damit Amberg. Auch sonst wandelt sich die ehemalige Hauptstadt der Oberpfalz:

- 1826 Einstellung der Vilsschiffahrt
- 1859 Erste Eisenbahn
- 1861 Gasfabrik/Straßenbeleuchtung
- 1880 Verfüllung des Stadtgrabens bis zum Wingershofer Tor
- 1882 Elektrisches Licht
- 1890 Schlachthof
- 1893 Wasserleitung
- 1911 Elektrischer Strom in der Stadt
- 1914 Baubeginn Kanalisation und Kläranlage

Die Fabriken in Amberg

Um 1800 befindet sich in der Stadt an Manufakturbetrieben lediglich eine **Fayencefabrik**, eine **Schmuckdosen-** und eine **Tabakfabrik**. Nur die 1759 gegründete **Fayencemanufaktur** „vor dem Ziegelthore auf dem Weg nach Aschach“ beschäftigt mehrere Arbeiter. Die Zahlen schwanken zwischen 14 (um 1780) und 126 (um 1900). In der Zwischenzeit war daraus die **Steingutfabrik** gewor-

den. 1911 wird die Produktion aufgegeben, Porzellan und Email haben das Steingut verdrängt.

Am 2. 7. 1801 wird die **Gewehrfabrik** von Fortschau nach Amberg verlegt. Die Zahl der Arbeiter steigt von 42 auf 190 (um 1850). Etwa 1870 unter Podewils werden täglich etwa 150 Gewehre produziert, die Arbeiterzahl erhöht sich auf über 1000. 1891 steigt sie nochmals aufgrund der Neuentwicklung des Gewehrs 88 aus 1465, 1908 waren es dann nur mehr 206. Von 1914 bis 1915 schnellt die Zahl von 533 auf 1757 empor. Gleichzeitig wird die tägliche Arbeitszeit von zuletzt 9 Stunden täglich auf 14 Stunden erhöht (ab 6. 8. 1914), ab 26. August 1914 werden Tag- und Nachtschichten von je 10½ Stunden eingeführt. Diese Dauerhöchstleistungen sind natürlich nur möglich, solange die Betroffenen nicht aufbegehren. Aus diesem Grund wird 1916 die Belegschaft zur „Arbeiterkompanie ernannt“. Damit unterstehen die Gewehrfabrikarbeiter der Militärgerichtsbarkeit, die vor allem das Recht auf Streik ausschließt.

Ein weiterer Faktor in der Industrialisierung ist das **Kgl. Bergamt**. Um 1808 zählt das „Bergrefier Amberg 5 Schachten und eine Scholle. Diese werden von 40 Bergleuten bearbeitet“. Im weiteren Verlauf wird dann der „Theresienstollen“, der „Ludwigsschacht“, der „Barbaraschacht“ (1883) und der „Luitpoldstollen“ geöffnet. In der **Luitpoldhütte** (gegr. 1872) arbeiten 1919 2167. Seit 1911 gibt es dort zwei Hochöfen.

1872 gründen die Gebrüder **Baumann** eine Blechwarenfabrik mit zunächst 46 Mitarbeitern. 1876 wird der erste Brennofen in Betrieb genommen, die Arbeitskräftezahl steigt auf mehr als 100, 1888 sind es 700, 1899 2000, 1904/05 wird der Höchststand erreicht: 2600. 1918 sind es noch 1007.

Soziale Lage und Folgen der Industrialisierung

Über **Kinderarbeit** in den Fabriken wissen wir wenig. 1820 gibt es in der Gewehrfabrik 6 Kinder. Sie müssen von früh 6 bis 18 Uhr bei einstündiger Mittagspause arbeiten. Anschließend haben sie noch zwei Stunden Unterricht.

Während in der Oberpfalz 1904 im Schnitt nur 16 % aller Fabrikarbeiter weiblich sind, ragt Amberg mit einer über-

durchschnittlichen **Frauenquote** heraus. Vor allem Baumann beschäftigt diese als billige Arbeitskräfte. Während die Männer bis 22 Mark wöchentlich verdienen können, bewegt sich der Frauenlohn im Bereich von 6,90 M bis 9,50 M (1895).

1884 bei Baumann	50 Frauen = 17,5 % der Belegschaft
1892	405 Frauen = 29,3 %
1901	799 Frauen = 39,6 %
1908	1048 Frauen = 43,1 %

Besondere Schutzgesetze für Frauen in den Betrieben gibt es erst ab 1891.

Bismarck löst zwar einige extreme soziale Probleme durch die Einführung von **Krankenversicherung** (1883), der **Unfallversicherung** (1884) und der **Alters- und Invaliditätsversicherung** (1889). Bezahlter **Urlaub**, Urlaub überhaupt, aber auch Schutz vor Kündigung sind unbekannt. Die Beschäftigtenzahlen in allen Amberger Betrieben beweisen eine hohe Zahl von Fluktuationen. **Arbeitslosigkeit** ist an der Tagesordnung. Löhne können gedrückt werden. Verbindliche **Tarifverträge** gibt es nicht.

Groß ist das **Wohnungsproblem**, die Nachfrage erhöht den Mietpreis.

Zwar gelten rauchende Kamine über einer Stadt noch als Zeichen von Wohlstand, doch wird die **Umweltverschmutzung** auch damals schon zur Kenntnis genommen. 1884 beispielsweise sind die Teilnehmer an einer Wallfahrt auf den Mariahilfberg gezwungen, beim Krankenhaus „das Gesicht (zu) verhüllen (. . .) und dabei noch eine bedeutende Dosis höchst üblen Geruchs mit“ zu nehmen.

Eingriffe in die Privatsphäre müssen auch genannt werden. Es gab nicht nur Verbote, sich in den freien Gewerkschaften oder der SPD zu organisieren. Ein Zuwiderhandeln hatte die Kündigung zur Folge. Die Firma Baumann, getragen von evangelischen Industriellen, versucht sogar einen Konfessionswechsel bei den Katholiken zu erzwingen.

Im Mai 1880 nimmt die Gewehrfabrik in den § 3 ihres Reglements die Bestimmung auf: „sozialdemokratische

Bestrebungen betreffend“. „Ferner hat jeder Arbeiter vor seiner Aufnahme die Erklärung abzugeben, daß er keinem Vereine oder Verbindungen jedweder Art angehört, welcher socialdemokratische Tendenzen verfolgt. Er enthält sich, solange er in Arbeit bei der kgl. Gewehrfabrik steht, auch des Besuches von Versammlungen, Festen etc. vorgenannter Vereine als Gast. Übertretungen dieses Paragraphen haben die sofortige Entlassung zur Folge.“

Wenn die SPD in Amberg ein Randproblem war, hätte es eines solchen Paragraphen sicher nicht bedurft.

Im Jahresbericht dieses Betriebs heißt es 1891/92 dazu: „Es ist selbstverständlich, daß von der Entlassung in erster Linie diejenigen Elemente betroffen wurden, welche sich entweder in ihrer Arbeitsleistung oder in ihrer Gesinnung als nicht zuverlässig erwiesen haben.“

Die Firma Baumann stellt die konfessionellen Pressionen etwa 1896 ein, als der kath. Stadtpfarrer und die konfessionelle Presse interveniert. Ende 1913 ertläßt diese Firma 60 Arbeiter, die sich weigerten, dem gelben Werkverein beizutreten. Sie sind entweder in christlichen oder freien Gewerkschaften organisiert.

Soziale Ansätze der Betriebe

Auf die vorgenannten sozialen Probleme reagieren auch die Unternehmer. Dahinter stehen entweder christliche Motive oder auch Bilder vom „väterlichen“ Fabrikherrn, der seinen „Kindern“ einige Wohltaten zukommen läßt, wenn sie sich „brav“ verhalten. Die frühesten Ansätze dazu finden sich bei der **Gewehrfabrik**.

1804 wird eine „Bruderkasse“ gegründet. Sie zahlt bei Krankheit und Unfällen geringe Unterstützungen sowie minimale Pensionen an Witwen und Waisen. In diese Kasse zahlen die Arbeiter Beiträge ein, die aber bei Kündigung nicht erstattet werden. Sie wird deshalb auch als Disziplinierungsmittel benutzt. 1880 beispielsweise werden 26 Arbeiter entlassen, die in mehr als 20 Jahren über 1000 M eingezahlt haben. Lebenslange Pensionsansprüche haben sie sich dadurch erworben, die damit wegfallen. Dieser Vorgang beschäftigt auch den Bayerischen Landtag, ohne daß eine positive Regelung für die Arbeiter erreicht wird.

Um 1900 wird in der Gewehrfabrik ein bezahlter Urlaub eingeführt. Bei 7 Dienstjahren gibt es 4, bei 10 Dienstjahren 6 Tage. Durch vorzeitige Kündigung kann auch hier der Unternehmer „sparen“.

Um 1913 beginnt man mit dem Werkwohnungsbau „für ältere, bessere Arbeiter, welche auch bei Verringerung der Arbeit eine Entlassung nicht zu befürchten haben“.

Die **Luitpoldhütte** gewährt „nach Möglichkeit“ 4 Tage Urlaub nach mehr als 10jähriger, 6 Tage und mehr nach mehr als 20jähriger Betriebszugehörigkeit. Außerdem baut sie im Ortsteil Luitpoldhöhe Arbeiterwohnungen.

Die **Firma Baumann** ragt mit ihren sozialen Leistungen heraus. 1872 wird die Unterstützungskasse gegründet. Ältere und kränkelige Arbeitssuchende müssen aber von vornherein ihren Verzicht auf die volle Krankenunterstützung erklären, wenn sie in den Betrieb aufgenommen werden wollen. Stammarbeiter bekommen bei Krankheit 6 Wochen lang Lohn in voller Höhe, angelerntes Personal die Hälfte. Beiträge dazu werden nicht erhoben. Am 4. Mai 1885 wird zusätzlich eine „Freiwillige Kranken-Unterstützungs-Genossenschaft der Arbeiter in der Gebr. Baummannschen Blechwaren-Fabrik in Amberg“ gegründet. Ab 1892 werden auch Familienmitglieder unterstützt. 1884 entsteht der „Sparverein der Baummannschen Blechwarenfabrikarbeiter“, 1886 der firmeneigene Gesangverein mit dem Wahlspruch: „Sind wir von der Arbeit müde, bleibt noch Kraft zu einem Liede.“ 1888 gründet die Firma eine Kinderbewahranstalt, 1889 einen „Consumverein für die Blecharbeiter“ zu billigem Broteinkauf (existiert ein Jahr), um 1900 eine Arbeiterbibliothek, 1906 einen Konkurrenz-Konsumverein gegen „Glückauf“, einer freien Organisation der Arbeiter.

Auch setzt diese Firma die Arbeitszeit „ohne Lohnminderung“ vom 5. Mai 1890 an auf 8 Stunden fest, davor liegt sie bei 9 Stunden.

Um 1900 ist Baumann der größte private Bauherr von Arbeiterwohnungen in der Oberpfalz. Man erstellt 20 Arbeiterhäuser mit insgesamt 174 Wohnungen, die aus je zwei oder drei Zimmern bestehen, mit Keller und Waschhausanteil. Pro Jahr kosten sie zwischen 48 und 105 Mark Miete.

Für sich bauen die Fabrikherren das „Schloß“. Der Arbeiter aus der Innenstadt muß, bevor er die Fabrik betritt, an der Villa seines Fabrikherren vorbei. Armselig dagegen ist beispielsweise die Häusergruppe „Rio“ an der heutigen Jahnstraße: Das normale Haus hatte hier 12 Wohnungen mit 1½ bis 2 Zimmern. In den 4 Wohnhäusern leben also ca. 400 Menschen. In der Mitte liegt ein Waschhaus, am Ende ein Gasthaus und eine Kegelbahn.

Selbstorganisationsversuche der Arbeiter

Dort, wo von den Fabriken zu wenig getan wird, dort, wo Arbeiter bereit sind, ihre Interessen selbst zu vertreten und nicht angewiesen sein wollen auf „väterliche“ Unternehmerpersönlichkeiten, dort organisieren sie sich selbst.

Selbstorganisationsversuche

1860 Piusverein

1878 Christlicher Arbeitsverein mit Kranken-, Invaliden- und Sterbekasse
(1914: 980 ordentliche, 92 außerordentliche Mitglieder)

1894 „Arbeiterverein Bavaria“

§ 1: „Der Arbeiter soll sich klar werden, daß er nicht bloß für die Welt, sondern auch für den Himmel arbeite. Dieser ideale Gedanke soll die Arbeiter und die Arbeit heben und adeln.“

1900 ca. 40 Mitglieder einer freien Gewerkschaft (soz.), ca. 1400 Mitglieder der christlichen Gewerkschaft

1904 Arbeiterinnenverein (kath.)

1906 „Treugold-Freundeskreis junger kath. Männer“ (Angestelltenverein)

1863 Selbstverwaltete Dreherunterstützungskasse bei der Steingutfabrik

1869 Gründungsversammlung des „Gewerkvereins der Porzellan- und verwandter Arbeiter“

1873 Gewerkschaft der Schuhmacher in Amberg (soz.)

1876 Freie Gewerkschaft der Metallarbeiter (soz.)

1900 Amberger Konsumverein „Glückauf“ mit 159 Mitgliedern. 1906 hat er 500 Mitglieder, als er durch

politische Querelen zwischen rechten Arbeitern und Sozialdemokraten vom „Glückauf“ Geschäftsführer Graf, einem ehemaligen Amberger Zentrums-Wahlvorstand, in den Konkurs getrieben wird.

Konkurrenz entsteht auch im Konsumverein der Firma Baumann, der von 354 Arbeitern unterstützt wird. Aufgrund des Vertrauensschwundes nach dem Bankrott konnte erst wieder am 20. November 1910 ein neuer sozialdemokratisch orientierter Konsumverein gegründet werden. Dessen Existenz ist aber bereits im darauffolgenden Jahr wieder in Frage gestellt, als der christlich-soziale Ausschuß in Amberg (Zusammenschluß christlicher Vereine und Gewerkschaften) den Zulieferern mit Boykott droht.

1904 2. Oberpfälzer Gewerkschaftskartell (soz.)

1906 Ortsbildungsverein für Arbeiter (soz.)

um

1913 Arbeitergesangverein (soz.)

Arbeitersportverein (soz.)

„Naturfreunde“ (soz.)

Die SPD in Amberg

Schon im Jahr 1870 bestehen in Amberg – vorübergehend – fünf Abonnements auf das SDAP-Organ „Volksstaat“, und bis zum Herbst 1872 können auch einzelne Mitglieder für die SDAP gewonnen werden, von denen der aktivste sicherlich der Schuhmachergeselle Josef Steiner ist. Vermutlich auf seine Initiative hin, ist Anfang Mai 1873 in Amberg eine Ortsmitgliedschaft (Gewerkschaft) der Schuhmacher gegründet worden. Für den 18. Mai 1873 beruft er eine Arbeiterversammlung ins Vereinsheim ein, wo vor etwa 300 Zuhörern der Schuhmachergeselle Geier und der Arbeiter Heintke, beide aus Nürnberg, über die „Grundsätze der Socialdemokratie“ und „Die Ziele der Gewerkschaften“ referieren. Danach zeichnet sich eine beträchtliche Anzahl von Versammlungsteilnehmern in die aufgelegten Listen für die Gründung einer Partei ein, die auf einer eigens dafür anberaumten Versammlung am 26. Mai 1873 vollzogen werden soll.

Die Reaktion der Gegenkräfte auf dieses Vorhaben läßt aber nicht lange auf sich warten. Am 19. Mai, nur einen Tag

nach der ersten sozialdemokratischen Versammlung in Amberg, hält die Concordia, eine Vereinigung konservativ-katholischen Zuschnitts ein Gegentreffen, bei dem sie sich entschieden von der Sozialdemokratie abgrenzt; außerdem kündigt sie ihr Vereinslokal, das Amberger Vereinshaus, auf, weil dort die sozialdemokratische Versammlung stattfand. Der „Hauptagitator“ Steiner ist umgehend von seinem Meister entlassen worden, und innerhalb einer Woche zieht bereits die Hälfte aller Mitglieder ihre Unterschrift wieder zurück. Es bleiben fast ausschließlich Schuhmacher- und Schneidergesellen. Bei der Gründungsversammlung am 26. Mai 1873 referiert wiederum der Schuhmachergeselle Geier aus Nürnberg über das Programm und die Organisation der SDAP.

Vertreter beim Gothaer Vereinigungskongreß 1875 für die 45 Amberger Mitglieder (Regensburg hat 12) ist August Geib, Reichstagsabgeordneter und Kassier im SDAP-Vorstand aus Hamburg.

Die nachweisbaren Versammlungsaktivitäten der Amberger Partei beschränken sich auf sechs innerhalb des kurzen Zeitraums vom August 1875 bis zum Januar 1876. Durchschnittlich besucht werden sie von 200 bis 300 Zuhörern. Es referieren Baumann aus Nürnberg und Löwenstein aus Fürth. Diese völlig atypischen politischen Aktivitäten, da sie in einer wirtschaftlichen Abschwungphase stattfinden, lassen sich wohl nur erklären vor dem Hintergrund der gleichzeitigen gewerkschaftlichen Organisation einer beträchtlichen Zahl von Gewerkschaften. (April 1876: 76 Mitglieder einer freien Gewerkschaft.)

Die Reihe der sozialdemokratischen Versammlungen in Amberg wird eröffnet am 2. August 1875 vom Fürther Magistratsrat Gabriel Löwenstein und dem Nürnberger Agitator Baumann. Als dieser in seinem Vortrag über „Das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei“ die Rechtlosigkeit der Arbeiter kritisiert, löst der überwachende Polizeikommissär die Versammlung wegen „Beleidigung des bayerischen Richterstandes“ kurzerhand auf. Am 7. August wird durch den Amberger Mutzbauer auf Anregung Löwensteins eine neue Versammlung einberufen, in welcher der Fürther mit einem Vortrag über „Das bayerische Vereinsgesetz und die Amberger Polizei“ referieren will.

Damit aber stößt er auf den erbitterten Widerstand des liberalen Amberger Bürgermeisters König, der erklärt: So wie er vor der Concordia nicht zurückgeschreckt sei, so werde er auch vor den Sozialdemokraten nicht zurückschrecken. Dem Einberufer Mutzbauer und dem Wirt Schanderl, der schon für die erste Versammlung seinen Saal zur Verfügung gestellt hat, teilte er mit, daß er das gesamte Amberger Militär aufbieten lassen werde. Bei geringstem Anlaß werde er mit Bajonetten einschreiten lassen. Sachschäden würden dem Wirt nicht ersetzt. Mit den Drohungen aber bewirkt er nur, daß auch eine Menge Schau- und Sensationslustiger zu der Veranstaltung kommt. Unter dem „Schutz“ von vier uniformierten und bewaffneten Polizisten verläuft sie aber ohne Zwischenfälle. Löwenstein erschienen diese Amberger Vorgänge so außergewöhnlich, daß er in Fürth, wo man ein freiheitliches Regiment gewohnt ist, am 30. August 1875 eine Versammlung einberuft mit dem Thema „Die Heldentaten der Amberger Polizei“.

Am 27. September 1875 referiert in Amberg Philipp Wiemer aus Chemnitz über den „Socialismus und seine Gegner“. Für den 7. November wird im „Nürnberg Fürther Socialdemokrat“ das 1. Allgemeine Arbeiterfest in Amberg angekündigt: „Für reichhaltiges Programm ist Sorge getragen. Concert und deklamatorische Vorträge, Festrede gehalten von Herrn Grillenberger aus Nürnberg. Alle Arbeiter und Gesinnungsgenossen sind freundlichst eingeladen. Entrée Person 6 kr.“

Grillenberger kommt noch ein zweites Mal innerhalb von nur vier Wochen hierher, kurz nach Gründung der Metallarbeitergewerkschaftsgenossenschaft. Einberufer für diese Versammlung ist der Bäcker und Gastwirt Held, da die Amberger Arbeiter – wie die Parteipresse ironisch anmerkt – „obwohl sonst nicht auf den Kopf gefallen und zum großen Theil dem Socialismus zugethan, ein gar schüchternes Völklein (sind), wozu die militärische Dressur in der kgl. Gewehrfabrik theilweise beitragen mag. Deshalb ist es für einen, der von den messingbordierten Volkserziehern abhängig ist, immer ein Wagstück, seinen Namen zur Einberufung einer Volksversammlung herzugeben.“ Zu den Schwierigkeiten, einen Einberufer zu finden, kam bei

der anscheinend für lange Zeit letzten sozialdemokratischen Versammlung in Amberg am 8. 1. 1876 die überraschende Lokalverweigerung durch den „Stammwirt“ Schanderl, woraufhin der Referent Wolf aus Chemnitz in einer improvisierten Versammlung im „Fleischmangarten“ über das Thema „Die Arbeiterbewegung und ihre Gegner“ spricht. Trotz der widrigen Umstände können bei dieser überaus stark besuchten Veranstaltung zwölf Mitglieder für die Metallarbeiter-Gewerkschaftsgenossenschaft und auch einzelne Mitglieder für die Partei gewonnen werden.

Danach erfährt man längere Zeit nichts mehr von der Amberger Partei. Es kann mit den fehlenden Unterlagen zusammenhängen, aber auch damit, daß die Gewerkschaftsarbeit nachweislich verstärkt wurde. Im September 1878 wird dann die Sozialdemokratie im Deutschen Reich verboten. Daß es während der Zeit des Untergrunds in Amberg weiterhin Agitation gibt, beweisen die Akten des Stadtarchivs. Die im Ausland gedruckte Zeitung der SPD taucht vereinzelt in Amberg in Hausfluren auf.

Die Parteiarbeit vor 1878 aber ist zurückgegangen:

- weil keine Genossen gefunden werden können, die keine Kündigung befürchten müssen, wenn sie offen für die SPD eintreten.
- weil kein Wirt mehr sein Lokal der Partei öffnet. Sie fürchten den Boykott.

In der Zeit des Verbots der SPD konstituieren sich in Amberg ab 1879 zwei katholisch-konservative Arbeitervereine und ein Arbeiterinnenverein. Diese waren, wie auch der Kolpingverein im 19. Jahrhundert nie durch die Obrigkeit verboten.

Der zweite Start der SPD in Amberg

Im Jahr 1900 bestehen in der Oberpfalz wieder zwei SPD-Ortsvereine: Regensburg und Weiden. In einer Phase leichten Aufwärtstrends der Partei (die Oberpfalz hat seit 1902 einen hauptamtlichen Geschäftsführer) finden sich auch ab 1903 wieder SPD-Mitglieder in Amberg. Nach einer Quelle wird auch im November dieses Jahres mit 22 Mitgliedern die SPD wieder gegründet. Nach anderen Unterlagen wird

erst im Sommer 1906 mit der Gründung des Amberger Ortsvereins und einer Reihe von Agitationsveranstaltungen die eigentliche sozialdemokratische Organisierung der Oberpfalz eingeleitet. Auch diesmal sind es wieder die Gewerkschaften, welche die sozialdemokratische Parteibildung in Gang bringen. Das zweite Oberpfälzer Gewerkschaftskartell ist nämlich am 10. Januar 1904 bei einer von 600 Arbeitern, darunter 15 Nürnberger Sozialdemokraten, besuchten Gewerkschaftsversammlung gegründet worden. Der Bezirksleiter des deutschen Metallarbeiterverbandes und sozialdemokratische Reichstagskandidat Enßner aus Nürnberg gerät dabei heftig mit dem Erbendorfer Benefiziaten und Sekretär des oberpfälzischen Glasarbeiterverbandes Lederer aneinander. Aber der Amberger Magistrat weigert sich zunächst (?), die Statuten des neugegründeten Gewerkschaftskartells zu genehmigen, woraufhin Kartellvorsitzender Gottlieb Stark, die führende Persönlichkeit der Amberger Sozialdemokratie vor 1919, förmlich Beschwerde einlegt. (Gottlieb Stark wurde am 10. 12. 1875 in Bonfeld, Kreis Heilbronn, geboren. Er erlernt das Schneiderhandwerk und geht dann, wie es damals üblich war, auf die „Walz“. So kam er auch nach Amberg und fand Arbeit in der Schneiderwerkstätte Sigmund Weinschenk. 1919–1933 war er im Stadtrat. Gestorben ist er am 11. 10. 1937.)

Der Neuanfang der SPD ist schwierig, zumal in einem katholischen Milieu wie Amberg. Als die SPD gegründet wird, hat der Kath. Arbeiterverein 1320, 1912 haben die christlichen Gewerkschaften hier 1542 Mitglieder. Daher ist über die frühe Parteiarbeit auch nur wenig bekannt. Nur Mitgliederzahlen sind überliefert. Am 1. 7. 1909 hat die Sektion 96 männliche Mitglieder, am 31. 6. 1911 193 Mitglieder, drei davon sind weiblich. 112 haben die Parteipresse abonniert. 13 öffentliche Versammlungen finden in diesem Jahre statt. Bis 1913 nimmt die Zahl dann wieder auf 124 Mitglieder ab. Bei der Wahl 1912 stimmen 1005 Amberger für die SPD.

1915 äußert sich der Amberger Delegierte Stark bei der Kriegs-Gau-Konferenz der SPD Nordbayerns enttäuscht darüber, daß von den Hunderten, meist sozialdemokratisch organisierten, für die Gewehrfabrik zwangsverpflich-

teten Nürnberger Arbeitern kaum einer die darniederliegende Amberger Gewerkschafts- und Parteiarbeit unterstützte. Trotzdem gibt es noch 86 Mitglieder der SPD in Amberg. Aber viele davon sind „im Feld“. Parteiarbeit unter Kriegsbedingungen ist schwierig.



Gottlieb Stark, † 11. 10. 1937

Quellen:

Bewußt leben. Festschrift zur 100-Jahr-Feier; KAB Amberg 1878-1978, Amberg 1978.

Die Geschichte der evangelischen Gemeinde Amberg; 1538-1988, hg. v. Evang.-Luth. Kirchengemeinde Amberg.

Gerhard Müller, Arbeiterleben und Arbeiterbewegung in der Oberpfalz 1848-1919, Theuern 1988.

Volker Nichelmann, Die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung Ambergs im 19. und 20. Jahrhundert, in: Amberg 1034-1984, Aus tausend Jahren Stadtgeschichte, Amberg 1984, 282-300.

Reinhard Pfab-Hacker, Industriearchitektur in Amberg im 19. und 20. Jahrhundert, Regensburg 1985.



Arbeiterleben in Amberg

Wichtiger Bereich der Arbeiterbewegung war der Arbeitersport. Seine Wurzeln reichen zurück in die Zeit vor der Märzrevolution von 1848. Verfolgte der im März 1848 gegründete Deutsche Turnerbund noch freiheitliche und demokratische Ziele, so bereitete das Scheitern der Revolution der fortschrittlichen Turnerbewegung ein vorläufiges Ende. Doch auch Bismarcks Sozialistengesetze konnten nicht verhindern, daß die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ ihren Ausdruck in den verschiedensten Organisationsformen fanden. Bereits vor den Sozialistengesetzen gab es in der Sozialdemokratie Bestrebungen, den Arbeitersport zu organisieren. So wurde beispielsweise 1870 vom Leipziger Arbeiter-Fortbildungsverein eine Turnabteilung gegründet.¹⁾ 1893, drei Jahre nach der Aufhebung der Sozialistengesetze, wurde in Leipzig der Freie Arbeiter-Turner-Bund gegründet. Bald erschien auch die erste Nummer der Arbeiter-Turn-Zeitung (ATZ). Die ersten beiden Versuche, einen Arbeiter-Radfahrerbund zu gründen, scheiterten an der politischen Zielsetzung – Agitation für die SPD. Erst 1896 wurde in Offenbach ein Arbeiter-Radfahrerbund ins Leben gerufen.

Repressalien von staatlicher Seite waren an der Tagesordnung. So berichtete die ATZ vom 15. 8. 1896: „Die Vereine des Arbeiter-Turnerbundes aber, weil diese ausschließlich nur das Turnen pflegen, involvieren in ihrer Mitte, nach Ausspruch des Ministers von Köller, lauter Vaterlandsfeinde, das sind Sozialdemokraten. Darum bekommen sie auch keine Turnhallen und keine finanzielle Unterstützung.“ Nach dem Einbruch durch den 1. Weltkrieg erlebte die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung 1918 einen gewaltigen Aufschwung. Waren 1918 im Arbeiter-Turn- und Sportbund (vormals Arbeiter-Turnerbund) 890 Vereine zusammengeschlossen, so stieg die Zahl 1920 schon auf 3081. 1931 waren es 7013 Vereine. Die Mitgliederzahlen stiegen im gleichen Zeitraum von 40268 auf 546340.²⁾

1919 wurde der Amberger Arbeiter-Turn- und Sportverein gegründet. Aktenkundig sind die Aktivitäten des Amberger Vereins ab 1923. Am 25. Mai wurde dem Arbeiter-Sport-

kartell Amberg vom Stadtkommissär die Genehmigung erteilt, am 3. Juni eine Veranstaltung durchzuführen mit der Auflage, keine „roten Fahnen mit Sowjetsternen“ mitzuführen. Ein handschriftlicher Antrag vom 18. Juni 1924 weist darauf hin, daß auch in Amberg der für ganz Deutschland festgesetzte Reichs-Arbeiter-Sporttag begangen wurde. Größtes Aufsehen erregte aber das 1. Oberpfälzer Turn- und Sportfest in Amberg im August 1930. Elsa Renner, die als Vorturnerin der Mädchenriege an diesem für die Amberger Bourgeoisie so anstößigen Ereignis teilnahm, erinnert sich noch heute an die Anfeindungen, denen besonders die Sportlerinnen ausgesetzt waren. Die Amberger Volkszeitung vom 21. August 1930 berichtet über die Proteste, vor allem der Pfarrämter und katholischer Organisationen, „gegen den halbnackten Aufzug der roten Turnerinnen“. Daß diese Reaktionen ganz im Sinne offizieller Verlautbarungen der bayerischen Bischöfe waren, zeigt ein Aufruf der Oberhirten im Oberbayrischen Generalanzeiger des Landsberger Tageblattes, zitiert in der ATZ, Jg. 1925: „... Ausnahmen begegnet man nur beim sozialistischen Arbeiter-Turn- und Sportbund. Was dann die Übungen betrifft, so beschränkte man sich ursprünglich für Mädchen und Frauen auf das Schulturnen... Es durften dabei nur Sachverständige und Ärzte, sonst niemand, nicht einmal die Eltern und Anverwandten, als Zuschauer anwesend sein. Dies wurde in dem Augenblick anders, wo der Wettkampf einsetzte. Damit begann das Anstößige. Die Turnerinnen wollten nicht hinter den Männern zurückstehen...“

Neben dem Arbeiter-Turn- und Sportverein gab es in den 20er Jahren eine sehr aktive Ortsgruppe des Arbeiter-Radfahrerbunds „Solidarität“. 1896 gegründet, war „Solidarität“ die größte Radsportorganisation der Welt. 1928 waren rund 220000 Arbeiter in der „Solidarität“ organisiert.³⁾ In Amberg traten vor allem die Kunstfahrer der „Reigenmannschaft“ an die Öffentlichkeit.

¹⁾ Vgl. Timmermann, Heinz, Geschichte und Struktur der Arbeitersportbewegung 1813-1933, Diss. 1969, Marburg

²⁾ Zit. nach Merker, Helga, Arbeitersport in: Weimarer Republik, hrg. v. Kunstamt Kreuzberg: Berlin Inst. f. Theaterwissenschaft d. Universität Köln, 1977

³⁾ Zit. nach Merker, Helga, a. a. O.

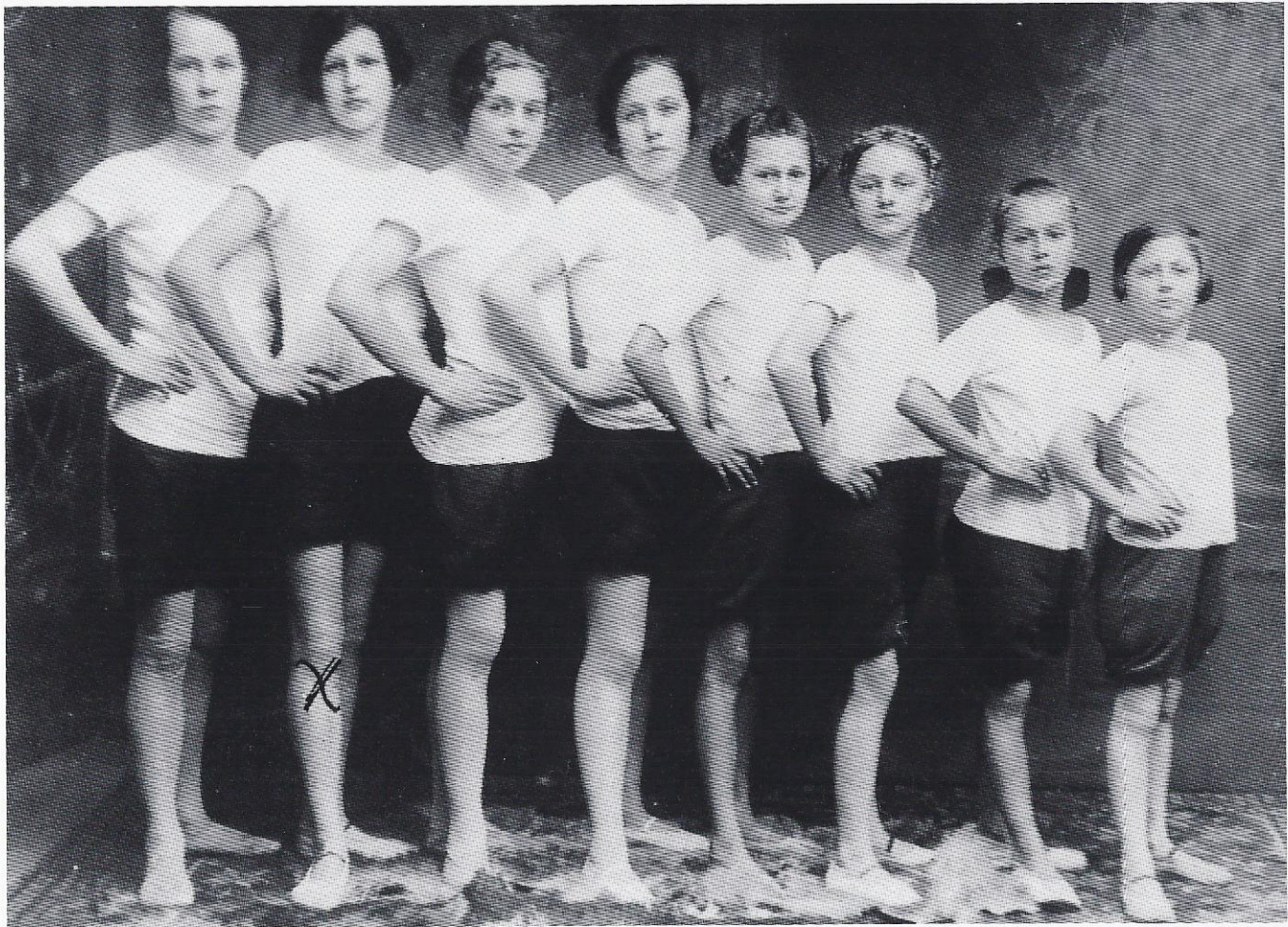


Mitglieder des Radfahrerbunds „Solidarität“, Ortgruppe Amberg.

Die „Reigenmanschaft“

Junge Arbeiterturnerinnen





Mitglieder der Mädchenriege des Arbeiter-Turn- und Sportvereins. 2. von links: Elsa Renner, 3. von rechts: Margarete Prell.

Für den 4. Oktober 1924 ist die Gründung einer Arbeiter-Samariter-Kolonie in Amberg dokumentiert. Der Arbeiter-Samariter-Bund, 1909 gegründet, hatte zum Arbeiter-Turn- und Sportbund engste Verbindung. So wurde die Gründung der Amberger Kolonie auch vom Arbeiter-Sport-Kartell Amberg veranlaßt. Als Selbsthilfeorganisation der Arbeiterbewegung war der Bund ins Leben gerufen worden, weil das Rote Kreuz bei Veranstaltungen der

Arbeitersportvereine, der Parteien und Gewerkschaften seine Dienste verweigerte. Erste Hilfe bei größeren Sportveranstaltungen zu leisten, war daher die ursprüngliche Aufgabe der Arbeiter-Samariter.

Auch die übrigen bedeutenden Organisationsformen des sozialdemokratischen Proletariats waren in Amberg während der Weimarer Republik vertreten. Der sozialistische Nachwuchs verbrachte seine Freizeit in der Regel bei



Fahnenweihe des Arbeitergesangsvereins Amberg 1925.

den „Naturfreunden“ oder der „Sozialistischen Arbeiterjugend“. Der Touristenverein „Naturfreunde“, 1895 gegründet, entwickelte sich zu einer internationalen Organisation, deren Ziele besonders die Pflege von Brauchtum, Heimat und Naturschutz waren. Reichhaltiges Bildmaterial aus Privatbesitz gibt Aufschluß über die Aktivitäten der Amberger „Naturfreunde“: Volksliedersingen, begleitet von der Mandolinengruppe, Volkstanz, Wanderungen und Aus-

flüge in die weitere Umgebung, also Arbeiterkultur im besten Sinn des Wortes auch in Amberg.

„Dem freien Lied“ verpflichtet war der Arbeiter-Gesangsverein. Ein Foto aus dem Besitz von Genossin Margarethe Prell zeigt die Mitglieder des Vereins anlässlich der Feierlichkeiten zur Fahnenweihe 1925.

Musik, Volkstanz und Hans-Sachs-Spiele gehörten nach den Erinnerungen von Elsa Renner zu den wichtigsten



Ausflug der Arbeiterjugend auf den Noris-Steig.



Die Pflege von Volksmusik und Tanz war ein Schwerpunkt der Arbeiterjugend.



Der Vorsitzende der SAJ Georg Wiesmann.



Umzug der Amberger Mitglieder des „Reichsbanners“: „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, ein politischer Kampfbund der Weimarer Zeit, dem überwiegend SPDler angehörten.



Die Amberger Gruppe des „Reichsbanners“.



Die Trommler und Pfeifer des „Reichsbanners“.

Aktivitäten der Sozialistischen Arbeiterjugend in Amberg der Weimarer Zeit. Daneben kam aber auch der politischen Bildung und Öffentlichkeitsarbeit ein wichtiger Stellenwert zu. Ein Flugblatt vom April 1925, unterzeichnet vom damaligen Vorsitzenden der Amberger SAJ, Georg Wiesmann, zeugt von der regen politischen Tätigkeit der jungen Genossen: Für den 5. 4. 1925 kündigt das Flugblatt eine Schulentlassungsfeier der SAJ im Ankersaal an. Besonders der Jugendschutz liegt der Arbeiterjugend am Herzen: „Wir fordern ausreichenden Jugendschutz für die arbeitende Jugend, die bisher das Aschenbrödel der bürgerlichen Gesellschaft war. Ihre wenigen Jugendtage sind Tage

der harten Fron und Arbeit. Der Weg zur Bildung ist der arbeitenden Jugend versperrt. Man nimmt ihr jede Möglichkeit zur Entfaltung ihrer körperlichen und geistigen Kräfte.“ Weitere, angesichts der hohen Arbeitslosigkeit mutige Forderungen enthält das Flugblatt: Herabsetzung der Arbeitszeit für Jugendliche auf sechs Stunden pro Tag, 14-tägiger Jahresurlaub bei Lohnfortzahlung, Reform des Lehrlingswesens, Bestrafung von Unternehmern, die die Jugendschutzbestimmungen mißachten, freier Spielnachmittag für Jugendliche, Verlegung des Schulunterrichts auf den Vormittag und Übernahme der Schulgeldkosten durch den Meister.

In den Jahren der Weimarer Republik

In den Jahren der Weimarer Republik lassen sich für die SPD in Amberg kaum irgendwelche Einzelheiten ausmachen. Nach dem Verbot der SPD am 22. Juni 1933 durch die Nationalsozialisten verräumten die Vorstandsmitglieder die allgemeinen Mitgliederlisten, um den Nazis die Jagd auf Parteiangehörige zu erschweren. Auch die Abneigung der damaligen Amberger Presse gegen Linksparteien ermöglichen nur spärliche Nachforschungen, da über Mitgliederversammlungen der SPD nicht berichtet wurde. So erlau-

ben nur Wahlergebnisse den Schluß, daß die SPD in Amberg eine große Anhängerschaft hatte.

Den Ortsverein führte bis 1922 der Schneider **Gottlieb Stark**, der 1906 den Ortsverein wieder ins Leben gerufen hatte.

Von 1922 bis 1933 führte der Schreiner **Xaver Kemeter** den Ortsverein. Obwohl er Amberger war und in der Schwaigerstraße 12 wohnte, verfügt das Einwohnermeldeamt Amberg über keinerlei Unterlagen über ihn. Von April bis Juni 1933 gehörte er dem Stadtrat an. Nach dem Verbot der SPD kam er zunächst ins KZ Dachau. Er kam in den letzten Kriegsjahren im KZ Buchenwald ums Leben.

Freitag, den 14. August 1925, abends 8 Uhr in den Aktiensälen

Verfassungs-Feier

Festredner: Landtags-Abg. Blumtritt-Hof.

Mitwirkende: Arbeiter-Gesang-Verein „Sängerheim“

Musik: Knappschaftskapelle.

Die gesamte reichs- u. verfassungstreue Bevölkerung von Amberg u. Umgebung ist zu unserer Feier herzlich eingeladen.

Sozialdemokr. Partei Demokr. Partei Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsausschuß d. freien Gewerkschaften

Im Jahre 1933 führten **Andreas Heuberger** und **Adolf Flügel** die Amberger SPD.

Bei den drei Kommunalwahlen während der Weimarer Republik stellte die SPD in Amberg jeweils 9 von den 30 Stadträten. Gewählt wurden am 15. Juni 1919 für die MSPD: Gottlieb Stark, Michael Hardt, Franz Gradl, Johann Ott, und für die USPD: Xaver Bimmerer, Hermann Kraus, Josef Meierhöfer, Baptist Schmidt, Michael Lautenschlager.

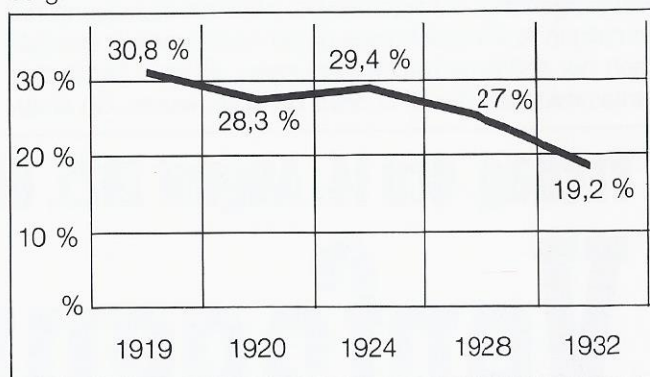
Am 7. 12. 1924 wurden gewählt: Gottlieb Stark, Johann Schübel, August Klarmann, Johanna Höpfel, Ludwig Reis, Johann Stadelbauer, Johann Kastner, Konrad Ruppert, Daniel Köstler.

Bei den Wahlen am 8. 12. 1929 waren es: Gottlieb Stark, Christian Endemann (auch im Landtag), Ludwig Reis, Josefine Rupprecht, Hubert Krämer, Johann Stadelbauer, Johann Kastner, Hans Klein, Josef Regner.

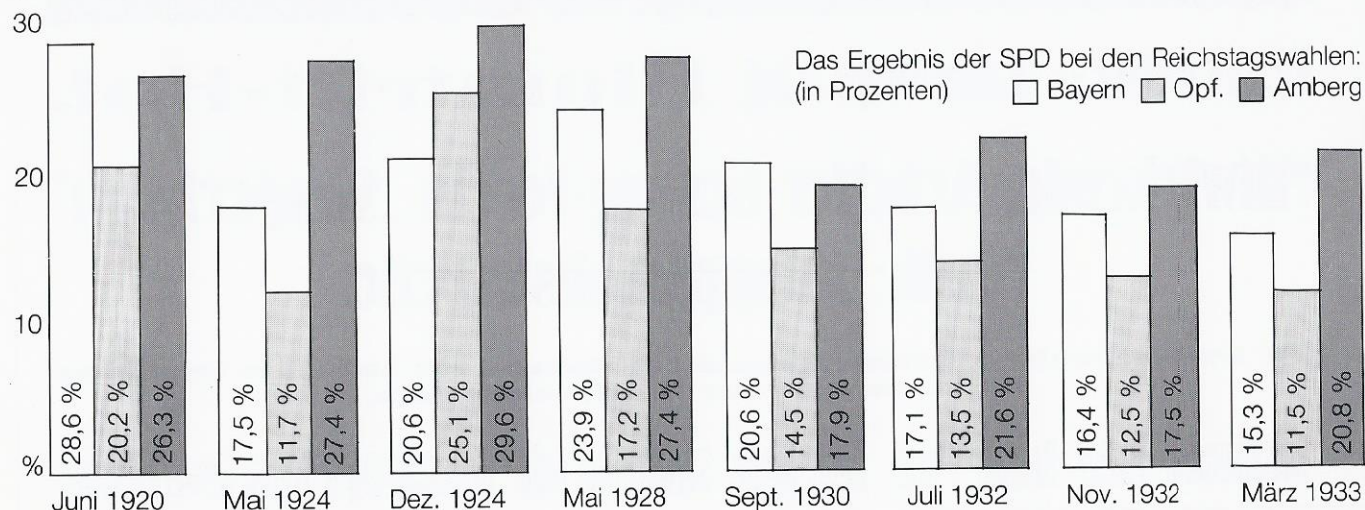
Nach der Machtübernahme durch Hitler mußten nach dem Gesetz zur Gleichschaltung von den einzelnen Parteien bis zum 20. April 1933 Stadträte **gemeldet** werden. Die Zahl der Stadträte wurde von 30 auf 20 reduziert. Die Berechnung der Mandate erfolgte auf der Grundlage des Wahlergebnisses zum Reichstag vom 5. März 1933. Der SPD

standen danach vier Stadträte zu. Es waren dies: Hans Ries, Josef Regner, Andreas Heuberger, Xaver Kemetter. Da Hans Ries freiwillig ausschied, rückte für ihn Martin Ibler in den Stadtrat. Als am 22. Juni 1933 die SPD von den nationalsozialistischen Machthabern verboten wurde, schieden auch diese vier Stadträte aus.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen für die SPD in Amberg:



Christian Endemann war von 1924 bis 1932 Abgeordneter aus Amberg im Bayerischen Landtag. Bei den Landtagswahlen 1932 kandidierte er zwar wieder, kam aber nicht mehr zum Zuge.



65 Jahre SPD-Frauengruppe in Amberg

„Im Herbst 1923 wurde die Frauengruppe der Amberger SPD ins Leben gerufen. Vorsitzender der Partei war Genosse H. Kemeter. Als Leiterin der Frauengruppe wurde Genossin Anna Schweitzer, Damenschneiderin, gewonnen, die gleich zur Organisation eines gutbesuchten Nähkurses in der Wirtschaft ‚Zum Brückl‘ schritt.“ So beginnt das erste Protokollbuch der Amberger SPD-Frauen. Es verwundert nicht, daß es die erste Amtshandlung der neuen Vorsitzenden war, den Genossinnen das Nähen beizubringen, bedenkt man, in welcher materiellen Not, bedingt durch Arbeitslosigkeit und Inflation, viele Arbeiterfamilien lebten. Die Möglichkeit, für die Familie die Kleidung selbst schneiden zu lernen, mag wohl für viele Frauen damals ein erster Anreiz gewesen sein, sich mit politischen Themen zu beschäftigen. War es für die Frauen des Bürgertums sowieso undenkbar, sich außerhalb der drei „K“ – Kirche, Küche, Kinderstube – zu bewegen, so war es auch für die Arbeiterfrauen ein mutiger Schritt der Emanzipation, aus dem Dunst des häuslichen Herdes hervorzutreten. Eine Frauengruppe innerhalb einer ursprünglich patriarchalischen Partei wie der SPD konnte den Frauen zumindest in der Anfangsphase einen gewissen Schonraum für ihre politische Entwicklung bieten. Die männlichen Genossen fühlten sich dabei offensichtlich zu Geburtshelferdiensten verpflichtet: „Für politische Aufklärung waren die Genossen Pürzer und Klarmann tätig.“ Doch schon bald kümmerten sich die Frauen selbst um ihr politisches Bewußtsein. Bildungsarbeit war angesagt. Historische Themen wie „Die Frau im Altertum“ standen ebenso auf der Tagesordnung wie „Die Erziehung des proletarischen Kindes“. Für das Jahr 1924 ist auch der erste Besuch der Reichstagsabgeordneten für Niederbayern/Oberpfalz, Antonie Pfülf, bei der Amberger Frauengruppe belegt. Toni Pfülf war sicher mit eine der faszinierendsten Frauen in der Geschichte der Sozialdemokratie. 1877 als Tochter eines kaiserlichen Offiziers geboren, trat sie 1908, als den Frauen politische Tätigkeit noch untersagt war, der SPD bei. Als



Mann verkleidet, nahm sie an politischen Versammlungen teil. Vehement setzte sie sich für das Frauenwahlrecht ein, 1919 schließlich war sie eine der 37 Frauen, die erstmals in der deutschen Parlamentsgeschichte als Abgeordnete in die Nationalversammlung gewählt wurden. Toni Pfülf war Mitglied des Deutschen Reichstags bis sie, zerbrochen durch die „Machtergreifung“, aber auch durch die Haltung der eigenen Fraktion, im Juni 1933 Selbstmord beging. Der Amberger Frauengruppe war Toni Pfülf eng verbunden, wie ihre zahlreichen Besuche bezeugen. Sie referierte über



1. Reihe 2. von links:
die erste Vorsitzende
der SPD-Frauen-
gruppe Anna
Schweitzer und von
links: ihre Nachfolge-
rin Jette Kastner.



Mitglieder der
SPD-Frauengruppe
Mitte der 20er Jahre.



1. Oberpfälzer Turn-
und Sportfest 1930:
Aufmarsch der
„halbnackten roten
Turnerinnen“.



Internationaler
Frauentag
1967 in Amberg.

Themen wie „Frau und Sozialismus“ oder „Die deutsche Reichsverfassung“.

1925 mußte Anna Schweitzer den Vorsitz der Frauengruppe aus Krankheitsgründen niederlegen, das Amt übernahm bis 1927 Jette Kastner. Ab 1927 bis zu ihrem Tod am 11. Abend 1928 war wieder Anna Schweitzer Vorsitzende. Von 1929 bis 1933 hatte Josefine Rupprecht den Vorsitz inne. Sie gehörte auch, wie vorher schon Johanna Höpfel, dem Amberger Stadtrat an.

Das Jahr 1933 brachte der vielversprechenden Arbeit der Genossinnen – Zeitungsberichte vermerken durchwegs hohe Besucherzahlen bei den zahlreichen Veranstaltungen – ein vorläufiges Ende. Einem Jahresbericht der Schriftführerin Leni Buchfink über die Jahre 1931/32 folgt im Protokollbuch ein nachträglicher Vermerk aus der Feder Elsa Renners: „Schluß!!! Die Nazis machten ein gewaltsames Ende – auch der so erfolgreichen SPD-Frauenarbeit. Die neuen Nähmaschinen wurden abgeholt und sind auch nach dem 1000jährigen Reich nicht mehr zurückgegeben worden.“

Nach dem Krieg erwies es sich als schwierig, die Frauenarbeit wieder aufzunehmen. Konnte sich die Partei in Amberg bereits 1945 wieder konstituieren, so gelang er erst 1953 der Initiative Ernst Strnads, erneut eine Frauengruppe zu bilden: „Am 21. 1. 53 fanden sich 7 Frauen zusammen, um wieder eine Frauengruppe zu gründen. Genosse Strnad fungierte als Beauftragter der Partei. Als vorläufiger Ausschuß wurde bestimmt: Fr. Renner als Vorsitzende, Fr. Höpfel und Fr. Peterson als Beigeordnete, Fr. Schloßnagel als Schriftführer.“ Bis 1973 führte Elsa Renner die Frauengruppe. Unter ihrer Leitung gelang es, die Frauen wieder zu aktivieren. Neben zahlreichen Veranstaltungen mit Referentinnen aus Senat, Landtag und den verschiedenen Frauenausschüssen waren besonders die „Internationalen Frauentage“ herausragende Ereignisse. Ein Höhepunkt für die Frauengruppe war der „Internationale Frauentag 1967“ in Amberg mit der damaligen Bundesministerin Käthe Strobel als Referentin. Über 500 Frauen aus der Oberpfalz und Niederbayern füllten damals den Saal des Josefshauses. Ein Höhepunkt in Elsa Renners politischer

Laufbahn war ihre Wahl als Delegierte zum Programm-Parteitag 1959 in Bad Godesberg. 1973 gab Elsa Renner den Vorsitz ab, ihre Nachfolgerin wurde bis 1977 Erika Fleischmann. Zahlreiche kommunalpolitische Anträge in dieser Zeit gingen auf die Initiative der SPD-Frauen zurück.

Ein Schwerpunkt der sozialpolitischen Arbeit war die Gründung und Organisation des SPD-Basars, einer Einrichtung, die viele Jahre von Erika Fleischmann und ihren Helferinnen mit großem Engagement und Erfolg betreut wurde. Ein weiterer Schwerpunkt der Frauenarbeit war die Diskussion um die Reform bzw. um die Durchführung des reformierten § 218 in Amberg. Auf Erika Fleischmann folgte bis 1978 Evelyn Lux als Vorsitzende, 1978 bis 1988 Monika Schmidt. Als eine der ersten politischen Gruppierungen in Amberg befaßte sich die SPD-Frauengruppe mit der Problematik der WAA. Als ein Großteil der männlichen Genossen diesem Projekt noch neutral bis wohlwollend gegenüberstand, waren es die Frauen, die sich längst vor dem Baubeginn informiert und engagiert hatten. Der Meinungsbildungsprozeß innerhalb des Stadtverbands war nicht zuletzt der Überzeugungsarbeit der Frauen zuzuschreiben.

Es würde diesen Rahmen sprengen, wollte man alle Themen nennen, mit denen sich die Gruppe in den letzten Jahren beschäftigt hat. Über den engen parteipolitischen Blickwinkel hinaus reichen die vielen Aktivitäten von SPD-Frauen, vom Literaturkreis bis zur Fraueninitiative. Die hartnäckige, zähe Arbeit der Frauen scheint sich gelohnt zu haben: Die Quotierung im Vorstand des Stadtverbands war in Amberg bereits vor dem Beschluß des Parteitags erreicht, seit 1978 sind im Amberger Stadtrat mit Ingrid Lay, Friedl Römer und Monika Schmidt wenigstens drei Frauen vertreten, mit Monika Schmidt wurde – nach Elsa Renner – erstmalig wieder eine Frau als Delegierte zum Bundesparteitag gewählt. Das bedeutet aber beileibe nicht, daß die Frauen mit dem Erreichten auch nur annähernd zufrieden wären. Die SPD-Frauengruppe mit ihrer neuen Vorsitzenden seit 1988, Veronika Hein, wird sich weiter einmischen, engagieren, emanzipieren. Die SPD als Partei und, wie es scheint, auch der Stadtverband, haben erkannt, daß die Sozialdemokratie nur mit den Frauen eine Chance als politische Kraft der Zukunft hat.

Antonie Pfülf (1877–1933)

Kurzbiographie

14. Dezember 1877 geboren in Metz/Reichslande Elsaß-Lothringen als Tochter eines bayerischen Offiziers
- 1888–1894 Höhere Mädchenschule
1896 Übersiedlung nach München
- 1900–1902 Lehrerbildungsanstalt München
1902 SPD-Beitritt
- 1902–1906 Nach dem 1. Lehrerexamen tätig als Hilfslehrerin in Oberammergau, Lechhausen und Peiting. 2. Lehrerexamen für den Volksschuldienst
- 1907–1910 Lehrerin in München
1910 Definitive Anstellung an der Volkshauptschule in München
- 1910–1920 Lehrerin München, unterbrochen durch schwere Erkrankung und deshalb zeitweilige Versetzung in den Ruhestand
19. Januar 1919 Wahl in die Verfassungsgebende Nationalversammlung für den Wahlkreis Oberbayern
- 1920–1924 Seit der Wahl am 6. Juni 1920 Mitglied des Reichstags (MdR) für den Wahlkreis Oberbayern/Schwaben
- 1919–1927 Delegierte zu allen SPD-Reichsparteitagen (Ausnahme 1922)
- 1920–1925 Mitglied der Programmkommission der SPD
7. Dezember 1924 Wiedergewählt als MdR, nunmehr für bis 1933 Wahlkreis Niederbayern/Oberpfalz. Jeweils wiedergewählt in den Reichstagswahlen Mai 1928, September 1930, Juli 1932, November 1932 und März 1933
Kümmert sich intensiv um die Belange ihres Wahlkreises, den sie ausgiebig und regelmäßig bereist; Teilnahme an zahllosen Parteiveranstaltungen im SPD-Bezirk Niederbayern/Oberpfalz.

Seit 1920 im Reichstag Schriftführerin im Rechtsausschuß. Antonie Pfülf bemüht sich intensiv um die Verwirklichung der Strafvollzugsreform und die Neuordnung des Ehescheidungsrechts, sie tritt ein für ein allgemeines Recht der Frauen auf Erwerbstätigkeit und den Abbau aller einer Gleichberechtigung im Wege stehenden Rechtsnormen; des weiteren für die Einführung von konfessionsungebundenen Gemeinschaftsschulen und Stärkung der elterlichen Mitspracherechte im Schulbereich. Wird von den Nationalsozialisten wiederholt schärfstens angegriffen und verunglimpft.

1. November 1926 Beförderung zur Hauptlehrerin
(30. Januar 1933) Ernennung Hitlers zum Reichskanzler
5. März 1933 Letzte freie, jedoch bereits unter Nazi-Terror durchgeführte Reichstagswahl, in deren Verlauf Antonie Pfülf zeitweilig verhaftet wird

Ende März 1933 Tritt in der SPD-Fraktionssitzung (22. 3. 1933) ein für das Fernbleiben von der Reichstags Sitzung das sog. „Ermächtigungsgesetz“ betreffend (23. 3. 1933). Zunehmende seelisch-nervliche Verzweiflung über die politische Lage und das vermeintliche Fehlverhalten der Fraktionsmehrheit. Begleitet den vom SPD-Parteivorstand ins Ausland entsandten außenpolitischen Experten der SPD-Fraktion und zeitweiligen preußischen Innenminister Rudolf Breitscheid und dessen Frau bis über die Schweizer Grenze. Vor dem Grenzübertritt auf deutscher Seite vorübergehend als SPD-Abgeordnete festgehalten.



Antonia Pfülf 1877–1933

Dennoch Rückkehr Pfülfs nach Deutschland.

Mai 1933 Nach Verhaftung oder Flucht eines Teils der SPD-Fraktion vergebliches Eintreten in der Rest-Fraktion für ein Fernbleiben von der Reichstagssitzung, den sog. „Friedensappell Hitlers“ betreffend (17. 5. 1933).

17. Mai 1933 Freitod-Versuch auf der Heimfahrt nach Bayern. Einlieferung in ein Münchner Krankenhaus.

Mai/Juni 1933 Mehrfache Besuche u. a. von Paul Löbe, Louise Schröder, Josef Felder, die sie von ihrer politischen und persönlichen Hoffnungslosigkeit abzubringen versuchen.

(2. Juni 1933) (Übersiedlung des SPD-Exilvorstands von Saarbrücken/Völkerbundsgebiet nach Prag/CSR)

8. Juni 1933 Freitod in München

(22. Juni 1933) (Verbot der SPD)

Machtergreifung und Gleichschaltung

Am 30. Januar 1933 wird Adolf Hitler vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Auch in Amberg schlägt die Begeisterung hohe Wellen. SS und SA veranstalten einen Fackelzug durch die Stadt. Doch denken offensichtlich nicht alle Bürger so, denn in der Nacht zum 31. Januar tauchen an mehreren Hauswänden Parolen auf, die sich gegen den Nationalsozialismus richten.

Hitler hatte den Reichstag aufgelöst und für den 5. März Neuwahlen angekündigt. In dem nun stattfindenden Wahlkampf versuchten die anderen Parteien mit dem Propagandaaufwand der Nazis mithalten. So sprach sogar der damalige bayerische Ministerpräsident Held von der BVP in Amberg. Anlässlich eines Demonstrationzuges der Eisernen Front wandte sich der damalige Führer der Amberger Sozialdemokraten, Stadtrat Endemann, mit aufrüttelnden Worten gegen den drohenden Faschismus. Das Ergebnis der Wahl im Stadtkreis Amberg im Vergleich mit der Reichstagswahl vom November 1932:

Partei	März 1933 in %	+/- Vergleich in %	Reichs- durchschnitt
BVP	38,8	- 7,4	27,2
NSDAP	28,3	+ 6,5	43,9
SPD	20,2	+ 1,3	15,5
KPD	6,1	- 7,0	6,3

Auf dem Amberger Rathaus hißte man am 8. 3. 1933 die schwarz-weiß-rote Reichsflagge. SA, SS und Stahlhelm waren dazu aufmarschiert. Im Rathaus wurden zur „Unterstützung“ der regulären Polizei noch 20 Mann der Amberger SA und SS als „Notpolizei“ bereitgehalten.

Der erste Schlag gegen die Arbeiterbewegung erfolgte am 10. März. Ritter von Epp, der Reichsstatthalter in Bayern, verbot Reichsbanner, Eisernen Front und die Sozialistische Arbeiterbewegung mit allen Nebenorganisationen. Sofort wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt und mehrere Funktionäre der SPD, der KPD und des Reichsbanners in

Schutzhaft genommen. Der Standartenführer der Amberger SA, Dr. Zeller, wurde vom bayerischen Innenminister Adolf Wagner zum Sonderkommissar für Amberg ernannt.

Die erste Amtshandlung Dr. Zellers war die Beurlaubung der Bürgermeister Dr. Klug und Regler. Dies geschah ohne Angabe von Rechtsgrundlagen, beide mußten schriftlich ihr Einverständnis zu dieser Aktion erklären. Die Amberger Volkszeitung schreibt dazu am 23. 3. 1933: „Daraufhin wurde das gesamte Personal des Stadtrates Amberg, soweit es erreichbar war, im kleinen Rathaussaal versammelt. Dort legte Dr. Zeller die Gesichtspunkte klar, welche die Veranlassung gaben, die beiden Bürgermeister in Urlaub zu nehmen. Gleichzeitig schlug Dr. Zeller vor, bis auf weiteres Verwaltungsoberinspektor Saugel als kommissarischen Bürgermeister zu bestimmen.“

Am 29. 3. 1933 fand dann die erste Sitzung des Amberger Stadtrats nach der Reichstagswahl statt, die Leitung hatte kommissarischer Bürgermeister Saugel. Auch der Sonderkommissar Dr. Zeller nahm an dieser Sitzung teil. Die Beurlaubung Bürgermeister Reglers wurde wieder zurückgenommen. Ferner wurde beschlossen, Reichsarbeitsminister Seldte – Gründer und Führer des Stahlhelms, der 1933 in die SA eingegliedert wurde –, Reichspräsident Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler zu Ehrenbürgern der Stadt Amberg zu ernennen.

Gleichzeitig sollten Straßen nach ihnen benannt werden: Untere Nabburger Straße in Adolf-Hitler-Straße, Wingershofertorplatz in Hindenburgplatz.

Die SPD-Fraktion war der Sitzung ferngeblieben, was vom Amberger Tagblatt in hämischer Weise kommentiert wurde: „Die SPD-Fraktion lebt zur Zeit anscheinend im ‚Urlaub‘, da sie der Sitzung nicht beiwohnte; vielleicht hat sie auch eine Erholungsreise an die Riviera angetreten, um mit ihrem vor Wochen so ‚rühmlich‘ aus Deutschland scheidenden Minister a. D. Braun ihre ‚Werke‘ zu überschauen.“

Mit der „Machtübernahme“ im Amberger Rathaus begannen auch schon Aktionen gegen Juden. So mußte am 28. März das Einheitspreisgeschäft „Erwege“ (heute Storg) vorläufig schließen. Die vom bayerischen Innenministerium

Das Einheitspreisgeschäft „Erwege“ durch Verfügung des bayer. Innenministeriums geschlossen

Das von allen Nationaldenkenden in Stadt und Land mit Recht verpönte jüdische Einheitspreisgeschäft in der Marktstraße, dessen schädliche Wirkung für Handel, Handwerk und Gewerbe und für das gesamte Amberger Wirtschaftsleben überhaupt in den weitesten Kreisen längst klar war, wurde nun endlich gestern mittag 12 Uhr durch das Bayerische Innenministerium bis auf weiteres geschlossen.

Die zahlreichen Gegenströmungen, die wiederholt zum Ausdruck gekommen sind, insbesondere aber in einer jüngst einberufenen Versammlung des Vereins zum Schutze für Handel und Gewerbe, die ihrerseits auch bei den Innungen und der Handwerkskammerabteilung für die mittlere Oberpfalz kräftigsten Widerhall fand, ferner die stark und oft spürbar werdende Erregung des Publikums, die Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, was schon wiederholt zur freiwilligen Schließung des Geschäftes Veranlassung gab, die Demonstrationen gegen dieses Geschäft, die sich bei Wiedereröffnung einstellten, und verschiedene andere Gründe haben bewirkt, daß man sich wegen der vollständigen Schließung nun offiziell an das Innenministerium wandte.

In letzter Zeit war vonseiten der Stadtverwaltung dem Geschäftsinhaber schon wiederholt der Rat gegeben worden zu schließen; diesem ist man auch größtenteils nachgekommen. Am Montag hatte jedoch „Erwege“ wieder geöffnet, was zur Folge hatte, daß gleichzeitig auch die Proteste einsetzten. Der Sonderkommissar der Stadt Amberg wandte sich nun an die Regierung, was die Schließung des Einheitspreisgeschäftes zur Folge hatte.

Wie erwähnt, wurde diese Maßnahme aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit getroffen. Die Stadt Amberg kann nicht jeden Tag Schutzpatrouillen in der Marktstraße aufmarschieren lassen, andererseits war keine Gewähr mehr vorhanden, daß sich nicht wieder Zusammenrottungen und dergl. gebildet hätten, was vielleicht noch schlimme Folgen nach sich gezogen hätte, zumal die Erregung im Volke über die Greuel- und Lügenpropaganda, die gewisse Kreise im Ausland verbreiten oder zur Verbreitung derselben beitragen, in diesen Tagen auf das höchste gespannt ist.

Adolf Hitler Ehrenbürger der Stadt Amberg

In der heute nachmittag stattfindenden Stadtratssitzung wird unserem Reichskanzler Adolf Hitler das Ehrenbürgerrecht der Stadt Amberg verliehen. Ferner werden durch Stadtratsbeschluß Straßen- und Platznamen geändert. Von heute ab ist die Untere Rabenburger Straße in Adolf-Hitler-Straße, der Wingershofertorplatz in Hindenburgplatz umbenannt. Nach Behandlung dieser drei ersten Punkte der Tagesordnung der heutigen Stadtratssitzung werden die Stadträte kurz nach 3 Uhr mit dem Stadtkommissar Dr. Zeller am Balkon des Rathauses erscheinen und diesen Beschluß der Bevölkerung verkünden, während am Marktplatz ein Aufmarsch der SA. und SS. erfolgt.

veranlaßte Maßnahme wurde damit begründet, daß aufgrund der immer wieder aufflammenden Proteste gegen dieses Warenhaus die Sicherheit und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nicht mehr gewährleistet seien. Das „Amberger Tagblatt“ kommentiert: „In diesen Tagen hat es aufgehört, wieder Einheitspreisgeschäfte kühllichelnd zu begrüßen und in ihrer mittelstandsfeindlichen Einstellung freudigst im Rate der Stadt deren besonderer Fürsprecher zu sein. Jetzt können sich diese Herren an der Klagemauer in Jerusalem zu ‚Einheitspreisen anbieten‘, sofern sie nicht vorher das Gruseln bekommen, da ihr einst so treu zur Seite stehender Partner, die BVP, der Verleihung des Ehrenbürgerrechts an einen Adolf Hitler zustimmt.“

Am 1. April fand im gesamten Reich ein Boykott-Tag gegen jüdische Geschäfte statt. Gleichzeitig wurden jüdische Beamte aus dem Dienst entlassen. In Amberg haben einige mutige Arbeiterfrauen trotzdem in boykottierten Geschäften eingekauft. In einer Demonstration gegen das Erwege-Geschäft am 25. 4. 1933 forderten ungefähr 800 Demonstranten (Geschäftsleute und Einzelhandelsangeestellte) die endgültige Schließung des Geschäftes.

Doch zurück zum Stadtrat, der nun aufgrund des „Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. 3. 1933 nach den in der Reichstagswahl vom 5. 3. 1933 abgegebenen Stimmen umzubilden war.

Zum einen verringerte man die Anzahl der Sitze von 30 auf 20, außerdem wurde die KPD nicht mehr berücksichtigt. Es ergab sich nun folgende Sitzverteilung: BVP 9, NSDAP 6, SPD 4, Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 1.

Dieser neue Stadtrat traf sich erstmals am 26. April unter der Leitung des kommissarischen Bürgermeisters Saugel. Auch Sonderkommissar Dr. Zeller war wieder anwesend. Von der SPD-Fraktion fehlte Stadtrat Ries, der sich in Schutzhaft befand.

Als erstes stellte die Fraktion der NSDAP den Antrag, die SPD-Stadträte aus den gemeindlichen Ausschüssen auszuschließen. Ferner sollten die Ausschüsse paritätisch von BVP und NSDAP besetzt werden.

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der BVP gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Aus dem Kommentar des „Amberger Tagblatts“ schlägt der SPD blanke Zynismus entgegen: „Die Stadtratsfraktion der NSDAP erscheint im Braunhemd, in dem jahrelang die deutschen Freiheitskämpfer um den deutschen Menschen gekämpft und nunmehr auch gesiegt haben. Ohne viel Aufhebens ist die Durchführung der Gleichschaltung auch im hiesigen Stadtrat erfolgt. Die Macht der Sozialdemokraten ist hier gänzlich gebrochen: die vier Männlein, die gestern ohne Sang und Klang in das Kollegium einziehen durften, saßen auf ihren Stadtverordnetenstühlen, als ob man ihnen das Brot genommen hätte. Wir können deshalb nicht umhin, der SPD einen guten Rat zu erteilen. Und das wäre: dem Beispiel der Schwandorfer Ortsgruppe der SPD Folge zu leisten und ihre Sitze nunmehr der NSDAP zur Verfügung zu stellen. Wir sind der Ansicht, daß dies dem Parteivorstand Wels, der bei der Reichstageröffnung gesagt hat, daß die SPD zwar wehrlos, aber nicht ehrlos sei, vielleicht gar nicht so unsympathisch sein wird. Denn das wäre wohl noch ehrenhafter, als wenn die Vertreter der SPD eine so unbedeutende Rolle spielen, wie im Amberger Stadtrat.“ (Amberger Tagblatt vom 27. 4. 1933).

Der Ausschluß aus den Ausschüssen wurde dann aber auf Beschwerde der SPD-Fraktion bei der Regierung mit Bescheid vom 17. 5. rückgängig gemacht und der einschlägige Stadtratsbeschluß formell aufgehoben.

Wieder wurden Ehrenbürgerrechte verliehen: an Innenminister Adolf Wagner, früher Gauleiter der Oberpfalz, und an Kultusminister Hans Schemm. So wurden aus der Wartstraße die Ritter-von-Epp-Straße (s. o.), aus der Rathausstraße die Adolf-Wagner-Straße und aus der Herrnstraße die Hans-Schemm-Straße.

Der nächste Schlag erfolgte am 2. Mai 1933 gegen die Gewerkschaften. Nachdem am 1. Mai von den Nazis noch zahlreiche Veranstaltungen zum „Tag der nationalen Arbeit“ begangen worden waren – so wurde in Amberg die Rede Göbbels' auf dem Marktplatz über Lautsprecher übertragen –, besetzte man am nächsten Tag die Gewerkschaftshäuser, beschlagnahmte Vermögen und verhaftete

Gewerkschaftsführer. In Amberg stellte die Kreisleitung der NSDAP fest, daß die „Revision und Prüfung der marxistischen Gewerkschaften und Konsumvereine . . .“ wegen der zahlreichen Korruptionsfälle notwendig war und nur den Zweck hatte, zu überprüfen, „ob die Gelder des deutschen Arbeiters ordnungsgemäß verwendet werden“. (Amberger Volkszeitung vom 3. 5. 1933).

Die Gewerkschaften wurden in der Folgezeit aufgelöst, und die DAF (Deutsche Arbeitsfront) sollte deren Stelle einnehmen.

Die SPD-Fraktion legte dem Stadtrat die Beschwerde bei der Regierung wegen der Ausschaltung aus den gemeindlichen Ausschüssen vor. Diese wurde zur Kenntnis genommen, und auch dem Rücktritt des SPD-Stadtrats Ries wurde zugestimmt.

In der Stadtratssitzung am 14. 6. 1933 wurde dann die Aufhebung obigen Beschlusses durch die Regierung bekanntgegeben (s. o.)

Mit Ministerialbekanntmachung vom 17. 6. 1933 war den SPD-Stadtratsmitgliedern die Teilnahme an den Stadtratssitzungen untersagt. Das Schicksal des Verbots erlitt die Gesamtpartei am 22. 6. 1933. Am 24. 6. entzog kommissarischer Bürgermeister Saugel den SPD-Stadträten ihre amtlichen Stadtratsausweise. Damit war für zwölf Jahre keinerlei öffentliche Parteiarbeit mehr möglich. Aber auch die BVP wurde mit den gleichen Mitteln, nämlich Erpressung, Inhaftierung und andere Schikanen, zur Selbstauflösung gezwungen. So hatte sich auch die Anpassung nicht bezahlt gemacht. Die erste Sitzung mit ausschließlich NSDAP-Stadträten fand dann am 3. 8. 1933 statt, bei der einstimmig der Ortsgruppenleiter der NSDAP, Josef Filbig, zum ehrenamtlichen 1. Bürgermeister gewählt und ihm der Titel „Oberbürgermeister“ verliehen wurde. Der ehemalige 1. Bürgermeister Dr. Klug wurde dann am 19. 10. 1933 durch den Reichsstatthalter pensioniert.

Die feierliche Übernahme des Oberbürgermeisteramtes durch Josef Filbig erfolgte am 23. 10. 1933 vor einem Stadtrat, der ausschließlich aus NSDAP-Angehörigen bestand.

Widerstand in der Zeit des Faschismus

Jeder Widerstand muß immer im Zusammenhang mit dem gesehen werden, gegen das er sich richtet. Man kann also bei der Behandlung des deutschen Widerstandes nicht die Entwicklung des Nationalsozialismus vernachlässigen und muß immer die gegenseitige Beeinflussung Widerstand – NS-Regime und umgekehrt im Auge haben.

Widerstand findet in 1000 Formen statt, und es ist sehr schwer, Bedingungen festzulegen, die Widerstand eindeutig definieren können. Partisanenkampf, Attentat, Flugblatt, politischer Stammtisch, illegaler Schulunterricht, verschlüsselte Predigten, politische Witze, Nachkriegsplanung im Exil, Kollaboration, sozialer Protest, abweichendes Verhalten, Nörgelei, Bummelei, Sabotage, Spionage, systemimmanente Dysfunktionalität: Was ist Widerstand, was ist kein Widerstand?

Widerstand legitimiert sich als ungeschriebenes Gesetz seit der Antike und wird teils religiös, teils ethisch, teils juristisch begründet. Es besteht eine Rechtmäßigkeit, sogar eine Pflicht des Widerstandes, wenn die Obrigkeit gegen Aufgaben verstößt, die sie entsprechend ihres Herrschaftsauftrages erfüllen müßte. Es stellt sich aber nun das Problem, welche Gruppen dieses Widerstandsrecht haben und Widerstand ausüben dürfen.

Mit dem NS-Staat stand man nun aber etwas völlig Neuartigem gegenüber, dessen ganzes Ausmaß und Fürchterlichkeit erst langsam in das Bewußtsein der Sehen-Wollenden eindrang. So entwickelte sich die Motivation zum eigentlichen Widerstand erst im Laufe der Zeit.

In einer modernen Gesellschaft hängt der Entschluß zum Widerstand von der jeweiligen Betroffenheit ab, d. h. inwieweit werden eine soziale Schicht, eine Gruppe oder eine Organisation von staatlichen Maßnahmen betroffen. Umgekehrt sind wieder diese Maßnahmen von der jeweiligen Stellung der Betroffenen im System abhängig. Nachdem der Totalitätsanspruch nur schrittweise durchsetzbar ist, richtete sich der Angriff des Nationalsozialismus zuerst auf

den Hauptgegner, bis man am Ende zu den anfänglich Verbündeten kommt: also zuerst die Arbeiterbewegung, am Schluß die Kirchen.

Ein wesentliches Kriterium des Widerstandes ist das Bewußtsein. Es muß eine Zielsetzung vorhanden sein. Dies ist nicht zwangsläufig der Sturz eines Regimes oder die körperliche Vernichtung eines Herrschers, sondern das kann bereits ein Infragestellen von Kernbereichen der Ideologie und der Praxis dieses Regimes sein.

Neben dem Gesinnungswiderstand gibt es natürlich auch materielle Gründe für oppositionelles Verhalten.

Man kann 3 Widerstandskonzepte unterscheiden:

1. Bewahren der Tradition, der Gesinnung, des Zusammenhalts,
2. Planung einer nachfaschistischen autoritären Herrschaft,
3. Aktion (Beeinträchtigung, Sturz des Systems durch eine Untergrundorganisation).

Bei allen Definitionsschwierigkeiten muß man darauf achten, daß aus der „Volksgemeinschaft“ des 1000jährigen Reiches noch lange keine „Volksopposition“ geworden ist. Außerdem wird noch sehr genau zwischen Hochverrat (Stauffenberg) als unter Umständen akzeptabel und Vaterlandsverrat (Brandt) als unter allen Umständen verwerflich unterschieden!

Eine geschlossene deutsche Widerstandsbewegung existierte nicht. Es gab illegale Gruppen und auch Einzelpersonen, die verschiedenen gesellschaftlichen Schichten zuzuordnen waren. Als erste nahm die Arbeiterbewegung den Kampf – praktisch mit der Machtübernahme Hitlers – auf. Die Kirchen folgten erst in den späten Dreißigern und verstärkt dann nach Kriegsbeginn, als letzter gesellschaftlicher Bereich beginnt der bürgerlich-militärische mit seinem Widerstand.

Diese Darstellung beschränkt sich im folgenden auf die Rolle der SPD, womit nicht die Verdienste anderer einzelner Widerstandskämpfer oder -gruppen geschmälert oder in Abrede gestellt werden sollen.



Wahlplakat
aus dem Jahre
1932



Wahlplakat
aus dem Jahre
1932

Die Arbeiterbewegung stellte das größte und gefährlichste Oppositionspotential für den Nationalsozialismus dar. Deshalb war ihre Ausschaltung nicht nur wünschenswert, sondern die unabdingbare Voraussetzung für die Etablierung der „neuen Idee“.

Die Arbeiterbewegung war organisiert in der SPD, kleineren sozialistischen Gruppen, in der KPD und den Gewerkschaften.

Die beiden Arbeiterparteien Weimars hatten eine unterschiedliche Einschätzung der Lage: die KPD war antiparlamentarisch eingestellt und der Meinung, der Nationalsozialismus laufe sich in Kürze von selbst tot, die SPD dagegen glaubte, durch Zugeständnisse an bürgerliche Rechte die Republikfeinde isolieren zu können. Beide hatten sich getäuscht.

Außerdem standen beide Parteien in einer traditionellen Konkurrenz, die so massiv war, daß sie zwar z. T. Bündnisse mit dem Nationalsozialismus eingingen, aber nicht in der Lage waren, miteinander etwas zu unternehmen. So war das gesamte Arbeiterlager gespalten. Es gab neben kommunistischen Gewerkschaften, Sportvereinen, Kultur- und Jugendorganisationen die gleichen Strukturen unter sozialdemokratischer Regie.

Dazu kam noch, daß die extrem hohe Arbeitslosigkeit die Arbeiterschaft in erwerbslose und erwerbstätige Arbeiter aufteilte, die nur schwer zusammen mobilisiert werden konnten.

In der Zeit zwischen den Reichstagswahlen im März 1933 und dem Parteienverbot im Juni des gleichen Jahres wurde der Parteiapparat der SPD zerschlagen. Als Konsequenz entwickelten sich drei Widerstandsinitiativen:

- Linke oppositionelle Sozialdemokraten sahen sich in ihrer Kritik am Parteivorstand bestätigt und gründeten neue regionale Gruppen, z. B. „Sozialistische Front“ (Hannover) oder „Roter Stoßtrupp“ (Berlin).
- Kontakte untereinander wurden vor allem durch Funktionäre der mittleren und unteren Ebene gepflegt.
- Im Sommer 1933 versuchte der SOPADE-Vorstand in Prag über die Grenzsekretariate Brüssel, Antwerpen,

Karlsbad und in anderen Städten Kontakte mit dem deutschen Inland. In den folgenden Jahren entstanden die berühmten SOPADE-Berichte. Es wurden die Zeitungen „Neuer Vorwärts“ und dessen illegale Ausgabe „Sozialistische Aktion“ herausgegeben und nach Deutschland gebracht. Der Exilvorstand schätzte im Jahr 1935 die Anzahl der illegal tätigen Funktionäre auf 1000.

Auch ein Amberger Sozialdemokrat beteiligte sich am Schmuggel der Untergrundschriften: Fritz Renner. Er war damals der Führer der SAJ (Sozialistische Arbeiterjugend) in Amberg. Seine Aufgabe bestand darin, zu anderen Genossen Kontakt aufzunehmen und sich mit diesen zu treffen, um über Organisation und Ziele der Partei zu beraten. Bei diesen Gelegenheiten verteilte er auch die bereits erwähnten Schriften.

Doch brachte ein unglücklicher Zufall die Nazis auf die Spur dieser Gruppe. Fritz Renner konnte sich der Verhaftung zuerst einmal durch seine Flucht nach Oberndorf am Neckar entziehen. Doch schließlich wurde auch er ergriffen und in das Untersuchungsgefängnis Nürnberg (Mai 1934) gebracht, wo er den brutalen Verhörmethoden der Nazis wehrlos ausgeliefert war. Sein Fall wurde am Oberlandesgericht in München verhandelt und endete für ihn mit der Verurteilung zu zwei Jahren Gefängnis. Mit ihm wurden noch eine Reihe weiterer Genossen (52!) verurteilt. Die Anklage stützte sich auf § 86 StGB (Hochverrat) und § 2 des Reichsgesetzes gegen die Neubildung von Parteien vom 14. 7. 1933.

Nachdem er die zwei Jahre verbüßt hatte, stellte man ihn vor die Wahl, entweder weitere Aussagen zu machen, die andere Genossen belasten sollten, oder in Schutzhaft genommen zu werden.

Da er sich weigerte, wurde er in das KZ Dachau eingeliefert. 1937 entließ man Fritz Renner wieder nach Hause.

Ursprünglich hätte der Prozeß vor dem Volksgerichtshof stattfinden sollen; dies wäre einem Todesurteil gleichgekommen.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Schwester von Fritz Renner wegen des Vorwurfs, sie habe ihrem Bruder als Deckadresse gedient und gefährde „durch ihr staatsfeindliches Verhalten unmittelbar die öffentliche Sicherheit und Ordnung“, in Schutzhaft genommen, die 7 Monate dauerte. (Dokumente siehe Seite 36–40)

Die SPD hatte bewußt auf den Aufbau formeller illegaler Massenorganisationen mit Zellen, Leitung und Kassierung verzichtet, da die Aufdeckungsquote dadurch sicher entschieden vergrößert worden wäre. Man hegte die Hoffnung, daß die traditionellen Bindungen der Mitglieder an die Partei und auch untereinander ausreichen würden, diese Zeit zu überdauern. Julius Leber baute dann als Mitverschwörer des 20. Juli ein System von Vertrauensleuten im ganzen Reich auf, das beim Putsch aktiviert werden sollte.

Einige kleinere sozialistische Gruppen, die sich schon vor 1933 von SPD oder KPD getrennt hatten, weil ihnen diese Parteien zu unbeweglich schienen, gingen sofort nach der Machtergreifung in den aktiven Widerstand. Es handelte sich dabei um die SAP (Sozialistische Arbeiterpartei), die KPO (KPD-Opposition) und den ISK (Internationaler Sozialistischer Kampfbund).

Die illegale Arbeit war anfänglich sehr erfolgreich, da diese Gruppen aufgrund ihrer geringen Mitgliederzahl einen engen Zusammenhalt hatten und auch eine hohe politische Motivation aufwiesen.

Allen gemeinsam war die Überzeugung, daß die sozialistische Arbeiterbewegung erneuert werden müsse. Kontakte bestanden auch zu der Gruppe „Neubeginnen“ und den „Revolutionären Sozialisten Deutschlands“ (ehemalige Angehörige des Exil-Vorstands der SPD).

Diese Gruppen wurden bis zum Jahr 1938 zerschlagen oder hatten sich selbst aufgelöst.

Im Rahmen der Gleichschaltung wurden die Gewerkschaften, in denen zahlreiche Sozialdemokraten organisiert waren, durch die DAF (Deutsche Arbeitsfront) ersetzt. Für eine illegale Arbeit waren die Gewerkschaftsorganisationen zu groß. So versuchte man, zumindest ein Netz von Ver-

trauensleuten aufzubauen, um nicht alle Kontakte zu verlieren und wenigstens ein Minimum an Organisations- und damit auch Handlungsfähigkeit zu erhalten. Diese Netze waren von den Einzelgewerkschaften organisiert.

In Berlin wurde eine illegale Reichsleitung der Gewerkschaften unter Wilhelm Leuschner eingerichtet. Es gab dann noch die Auslandsvertretung Deutscher Gewerkschaften, deren Leiter Hermann Schlimme war.

In den Betrieben führten nach wie vor soziale Probleme zu Protestaktionen verschiedenster Art. Auch wurde vereinzelt echter Widerstand geleistet. Allerdings war die Einwirkung der Propaganda und Kraft durch Freude doch so stark, daß sie ernsthafteren Widerstandsleistungen entgegenwirkten.

Es gab also in den Betrieben keinen Massenwiderstand, doch konnte sich der Nationalsozialismus auch nie der Arbeiter sicher sein.

Ferner muß berücksichtigt werden, daß sich im Krieg die Struktur der Beschäftigten veränderte. So wurden immer mehr Frauen eingesetzt und auch die Zahl der Fremdarbeiter nahm ständig zu.

Bis in die 60er Jahre lag der Schwerpunkt bei der Behandlung des Widerstandes im Bereich des militärisch-bürgerlichen Spektrums, dem auch der Kreisauer Kreis zugerechnet werden muß. Die „Weiße Rose“ bekam dann als Vorbild für die Jugend ebenfalls ein großes Interesse. Obwohl die Schichten, aus denen diese Bewegungen hervorgingen, am Anfang noch Förderer des NS-Systems waren, stand deren Widerstand im Zentrum des öffentlichen Interesses.

Lange Zeit blieb der Arbeiterwiderstand ausgeklammert, obwohl gerade seine Mitglieder bei der Demokratisierung der BRD sich ihre Verdienste erworben hatten. Tatsächlich hatte diese Widerstandsbewegung bis in die Mitte der 50er Jahre einen relativ hohen Bekanntheitsgrad. Als aber dann die Zeit der Wiederbewaffnung kam, geriet sie mehr und mehr in Vergessenheit und die bürgerlich-militärischen Gruppen traten in den Vordergrund.

Erst mit der sozial-liberalen Koalition mit Brandt an der Spitze, einem Emigranten, und der Studentenbewegung, die ebenfalls antifaschistische Ziele verfolgte, bekam der Arbeiterwiderstand wieder seine ursprüngliche Bedeutung. Ein Problem dabei stellten nun die Kommunisten dar, die ja ohne Zweifel ein Bestandteil dieses Widerstandes waren, und schwerlich verschwiegen werden können.

Fazit: Aus alledem ist eine Lehre zu ziehen: keine Gruppe allein konnte Hitler stürzen: der gemeinsame Gegner von damals ist auch heute noch der gemeinsame Gegner.

Der Widerstand ist ein Teil der demokratischen Tradition Deutschlands. Aus der großen Linie von Kriegen und Obrigkeiten führt der Widerstand in der schlimmsten Zeit deutscher Geschichte zu einem Verhalten, das geprägt ist vom Eintreten für die Demokratie und den Frieden. Die Männer und Frauen des Widerstands arbeiten mit an der Demokratisierung unseres neuen Staates und legen so den Grundstein für eine freiheitliche und solidarische Entwicklung. Deshalb ist es unbedingt notwendig, wachsam zu sein und jede Gefährdung oder Einschränkung des demokratischen Rechtsstaates in den Anfängen zu verhindern.

Der Arbeiterwiderstand kommt aus der Alltagssituation, aus der sozialen Lebenswirklichkeit. Deswegen kann man ihn verstehen und man kann sich mit ihm leichter identifizieren. Diese Identifikation ist nötig, um sich sowohl rational als auch emotional mit diesem Problem auseinandersetzen zu können. Deshalb sind regionale Bezüge und persönliche Kontakte der beste Weg zur Erfahrung dieser Zeit und ihrer Ereignisse.

Der Widerstand ist keine Brücke zwischen 1933 und 1945, sondern ein Spiegel der inneren Verfassung einer Gesellschaft unter den Bedingungen des Dritten Reiches.

Widerstand bezog seine Legimitation aus der Zukunft. Für uns bedeutet dies eine Verpflichtung, die sich aus dem einzigen positiven Zeichen aus der düsteren Zeit der Hitlerdiktatur ergibt.

Wer von Widerstand redet, von Gegnern des Nationalsozialismus, muß auch die erwähnen, die der Nationalsozia-

lismus ohne deren Wollen zu Gegnern gemacht hat: Juden, Zigeuner, Behinderte, Homosexuelle, Nichtseßhafte.

Es sollte uns zu denken geben, daß diese Gruppen auch heute noch oder schon wieder diffamiert und nicht gleichberechtigt behandelt werden.

Zum Schluß ein Zitat des Widerstandskämpfers Julius Fučik: „Um eines bitte ich: Ihr, die Ihr die Zeit überlebt: Vergeßt nichts! Vergeßt nicht das Gute und nicht das Schlechte. Sammelt geduldig die Zeugnisse über diejenigen, die nur für sich starben, und über die anderen, die für Euch starben. Eines Tages wird das Heute Vergangenheit sein, und man wird von der großen Zeit und von den namenlosen Helden sprechen, die Geschichte gemacht haben. Ich wäre jedoch glücklich, wenn man erkennen würde, daß es keine namenlosen Helden gegeben hat. Es waren vielmehr Menschen, die einen Namen, ein Gesicht, die Sehnsüchte und Hoffnungen hatten. Der Schmerz auch des letzten unter ihnen war nicht kleiner als der Schmerz des Ersten, dessen Namen erhalten bleibt.“

Literatur

- Kießmann Ch.: Gegner des Nationalsozialismus, APuZ Nr. 46, Jg. 1979
ders.: Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland, in: Widerstand und Exil 1933–1945, hrg. Bundeszentrale für politische Bildung
Mommson, H.: Die Geschichte des deutschen Widerstands im Lichte der neueren Forschung, APuZ Nr. 50, Jg. 1986
Peukert, D.: Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933–1945, APuZ Nr. 28/29, Jg. 1979
Pingel, F.: Erinnern oder Vergessen?, APuZ Nr. 9/10, Jg. 1981

Auszug aus dem Oberlandes-
gerichts-Urteil gegen
Alfons Bayerer, Hans Weber
und Genossen, Regensburg,
München, 11. Februar 1935

- 33 -

Führer der Roten Falken und später der Kindergruppe; im Jahre 1931 trat er auch der SPD. bei. Er ist mit Martha Bayerer eng befreundet und verkehrte regelmäßig im Hause Bayerer.

Alfons Bayerer ist seit 1903 Sozialdemokrat und gehörte später auch dem Reichsbanner an; er war lange Jahre Parteisekretär und auch Abgeordneter der SPD. zum bayr. Landtage. Vom 24. Juni bis 11. Oktober 1933 befand er sich in Schutzhaft.

Martha Bayerer, seine Tochter, hatte von 1930 bis 1932 der SAJ. angehört.

2.) Weber wurde Ende Juli 1933 im Auftrage des Emigranten Georg Peter von dem Amberger Genossen Friedrich Renner, der ihn von der SAJ. her kannte, in Regensburg aufgesucht. Aus dem Geständnis des Angeklagten und den Aussagen des Zeugen Renner ergibt sich, daß der Besuch den Zweck galt, den Weber für die Verbreitung der Emigrantenzeitungen in Regensburg und für das Zusammenwirken mit der im Ausland befindlichen Parteileitung zu gewinnen. Renner händigte dem Weber 3 Stück des NV. - normale Ausgabe - aus, verständigte ihn, daß diese Zeitung fortlaufend aus der Tschechoslowakei geliefert werde, und ersuchte ihn, die Versorgung alter zuverlässiger Genossen mit diesen Schriften zu übernehmen. Der Senat ist überzeugt, daß Weber bei dieser Gelegenheit auch über die weitergehenden Ziele der Parteileitung, gerichtet auf die illegale Fortführung der Partei, die Gewinnung von neuen Funktionären in Gestalt

der für den Zeitungsvertrieb tätigen Vertrauensleute und die Vorbereitung des gewaltsamen Umsturzes der Regierung Hitler, unterrichtet wurde. Renner war von Peter, dem Kurier der Parteileitung, eingewiesen worden, hatte also sicher vollen Einblick bekommen und sein Wissen an Weber weitergegeben. Die Frage, wie sich die Parteileitung zu den neuen Verhältnissen stelle, muß damals jeden Überzeugten Sozialdemokraten beschäftigt haben und es würde jeder Erfahrung widersprechen, wenn bei der Organisation des Zeitungsvertriebes nicht auch über die tieferliegenden Gründe gesprochen worden wäre. Zudem ergab sich, wie aus dem reichsgerichtlichen Urteile in Sachen Kirschneck hervorgeht, schon aus den ersten Nummern des NY, der Übergang der Partei zu einer revolutionären Haltung. Nach Angabe des Renner behielt sich Weber damals seine Stellungnahme zu dem Ansinnen vor, bis er mit anderen Genossen gesprochen habe. Wie sein weiteres Verhalten erkennen läßt, nahm er dann doch die Stellung eines Vertrauensmannes für Regensburg an. Nach der Bekundung des Zeugen Renner ist dieser Ausdruck zwar nicht gefallen, doch hat die übernommene Tätigkeit in Wirklichkeit dieser Bezeichnung entsprochen. Zugleich wurde Weber von Renner zu einer Zusammenkunft mit Peter nach Weiden bestellt. Renner übernachtete damals im Hause Bayerer. Von den Zeitungen gab Weber eine Nummer der Frau Bayerer.

Noch im Juli 1933 fand die Zusammenkunft in Weiden statt. Dort hatten sich außer Weber auch Renner und Riss von Weiden eingefunden. Die Zusammenkunft verlief insofern ergebnislos, als Peter, der offenbar weitere Weisungen der Parteileitung hätte

te überbringen sollen, nicht erschien. Als selbstver-
ständlich muß aber gelten, daß Weber mit Renner die ille-
gale Tätigkeit besprach, wenn dabei vielleicht auch Pass
als weniger zuverlässig ausgeschaltet wurde.

Im August 1933 folgte dann eine Zusammenkunft in
Futzlhofen, zu der neben Peter und Weber auch der Mitan-
geklagte Höhne auf Veranlassung des Weber erschienen war.
Hier wurden die 2 Regensburger Genossen eingehender über
ihre Aufgabe und die Pläne der Parteileitung unterrichtet.
Peter legte dar, daß die Zeitungen in der Tschechoslowa-
kei hergestellt und von dort eingeführt würden, sie sol-
ten an die alten Genossen, wenn möglich gegen eine Lese-
gebühr, abgegeben werden, um sie zusammenzuhalten. Weber
bekam den Auftrag, für den Vertrieb der Zeitungen in
München dort einen Genossen zu gewinnen. Nach Angabe des
Höhne, die als der Sachlage entsprechend durchaus glaub-
würdig ist, ließ sich Peter über die Frage der Parteibil-
dung ganz deutlich aus, es solle eine Art neue Partei auf-
gerichtet, für die gewonnenen Mitglieder solle in Prag
eine Kartel geführt und Beitragszahlung eingeführt wer-
den; diese Mitglieder sollten den Kern der neuen
Partei bilden; von ihnen aus solle die Beeinflussung der
Massen versucht werden. Peter übergab den beiden etwa 50
Stück des NV. Miniaturausgabe. Die Ausführungen des Peter
im Zusammenhang mit dem Inhalt der Zeitungen, die sämt-
lich das hochverräterische Ziel der gewaltsamen Machter-
greifung durch die neue SPL. klar erkennen ließen, schlie-
ßen jeden Zweifel darüber aus, daß Weber und Höhne über

Originalentlassungsschein
aus der Haft

Ang. Bez. d. Strafl. Ob. L. G. München, Nr. II 80/34.
Befehl. Reg. Nr. 304/34.

Der **Friedrich Renner**, aus **Amberg**
(Vor- und Zuname, Beruf) **Lehremacher** (Wohnort oder letzter gewöhnlicher Aufenthalt)

geboren am **10. Juni 1910** zu **Amberg**

ab 1. Nov. 1934 war vom **16. Februar 1935** bis **16. Juli 1936**
Nürnberg, Haft in Straf- ~~Untersuchungs-~~ **Gef.** Er war in der **Schuhmacherei** beschäftigt.

nach Verbüßung der Strafe
Er wurde heute ~~nach Bewilligung bedingten Strafurlaubes für~~ mit ~~Probefrist bis~~
~~unter Gewährung von Strafurlaubrechnung bis~~
entlassen.
Nürnberg, den **16. Juli 1936.**

Sorgfältig aufbewahren für Steueran-
gelegenheiten und Arbeitsnachweis!
Zweitschrift wird nur auf Ersuchen einer
Behörde ausgestellt.

Strafsankt. ~~Gefängnis~~ Vorstand.
f. e.
Strafkammer Nürnberg
Oberregierungsrat.

Bemerkungen auf der Rückseite!
*Kam vom Gefängnis direkt
ins Konzentrationlager Dachau*

- Der Entlassene findet nach seiner Angabe:
 - Unterkunft in **Renner kommt in Schutzhaft.**
 - Arbeit in

Er ist über Arbeitsnachweis und den zuständigen Gefangenensfürsorgereinen belehrt.
- Er hat bei der Entlassung in bar ausgezahlt erhalten:

a) Eigenes Geld	17.06 RM
b) Arbeitsbelohnung	33.71 RM
c) Unterstützung	RM
zusammen: 50.77 RM	

sind überwiesen:

a) Arbeitsbelohnung	RM
b) Unterstützung	RM
zusammen: RM	
- a) Fahrchein III. Klasse
b) Gutschein III. " ist ausgehändigt nach
- Bei der Entlassung sind aus Fürsorgemitteln an Bekleidung, Handwerkzeug usw. ausgehändigt worden:

der Kleider:	} gut, tragbar.
6. Beschaffenheit der Schuhe:	
der Wäsche:	

Abschrift des Schutzhaftbefehls
gegen Fritz Renners
Schwester Anna Ibler.

A b s c h r i f t !

Polizeidirektion Nürnberg-Fürth.

Nürnberg, den 12. Oktober 1934

Betreff: Schutzhaft.

S c h u t z h a f t b e f e h l .

Auf Grund § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28.2.1933 (RGBl. I S. 83), und der Min. Entschl. vom 2.5.1934 Nr. 2186 a 39 wird in Schutzhaft genommen:

Vor- und Zuname: Anna I b l e r , geb. Renner

Geburtszeit und -Ort: 15.5.02 in Nürnberg

Familienstand und Beruf: Maschinistenfrau

Staatsangehörigkeit: Dtsch. Reichsangeh. Religion: prot.

Wohnort und Wohnung: Amberg, Egelseerstr. 39/II

gegen die Verhängung der Schutzhaft steht dem Verhafteten kein Beschwerderecht zu.

G r ü n d e :

I b l e r hat ihrem Bruder Fritz R e n n e r bei den Vertrieb illegaler aus der Tschechoslowakei eingeführter marxistischer Hetschriften, sowie bei seinem hochverräterischen Unternehmen als Deckadresse gedient.

I b l e r gefährdet durch ihr staatsfeindliches Verhalten unmittelbar die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Stempel.

Die „Schlichtschrift“ durch 4 Mumm.

Die Amberger SPD nach 1945: Ein chronologisches Stenogramm

1945

13. Mai:

Christian Endemann wird durch die Militärregierung der amerikanischen Truppen zum kommissarischen Oberbürgermeister der Stadt Amberg bestellt.

19. September:

Die amerikanische Militärregierung genehmigt die Gründung des SPD-Ortsvereins Amberg.

22. Oktober:

In der Gaststätte „Maximilian“ leitet ein provisorischer Vorstand unter der Führung von Hans Pfab die SPD-Gründungsversammlung. Hans Pfab wird 1. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Amberg.

10. November:

Im großen Saal des Rathauses findet die erste SPD-Parteiversammlung nach der Neugründung statt. Die Hauptansprache hält SPD-Oberbürgermeister Christian Endemann.

1946

Mai:

Erste Kommunalwahl nach dem 2. Weltkrieg: Die SPD erhält 9 der 30 Stadtratssitze.

26. Mai:

Christian Endemann kandidiert nicht gegen den 1933 von den Nationalsozialisten abgesetzten Dr. Klug (vormals BVP). Der Stadtrat wählt einstimmig Dr. Klug zum Oberbürgermeister von Amberg.

6. Juni:

Christian Endemann wird zum 2. Bürgermeister von Amberg gewählt.

24. September:

Der Amberger Stadtrat wählt einen neuen Oberbürgermeister, da Dr. Klug aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten war.

Michael Lotter von der CSU erhält 19 Stimmen, Christian Endemann von der SPD 10 Stimmen.

1. Dezember:

Landtagswahl: Christian Endemann kommt über die Wahlkreisliste (Oberpfalzliste) in den Bayerischen Landtag.

1948

Mai:

Kommunalwahlen: Die SPD erhält 7 Sitze im Stadtrat.

Martin Ibler wird 1. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Amberg.

29. November:

Christian Endemann gibt das Amt des 2. Bürgermeisters ab.

1949

August:

1. Bundestagswahl: Für den Wahlkreis 218 kandidiert Fritz Renner

1950

30. Mai:

MdL Christian Endemann stirbt.

November:

Landtagswahl: Anton Falb kommt über die Oberpfalzliste in den Bayerischen Landtag.

1951

Josef Holzer wird 1. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Amberg.

1952

30. März:

Kommunalwahlen: Die SPD erreicht 6 Stadtratsmandate.

30. März:

Oberbürgermeisterwahl: Der Oberbürgermeister wird das erste Mal von der Bevölkerung direkt gewählt. Der OB-Kandidat der SPD ist MdL Anton Falb. Für die CSU bewirbt sich der amtierende Oberbürgermeister Michael Lotter wieder für das Amt. Die Bayernpartei schickt Dr. Hans Raß ins Rennen. Der von den Nationalsozialisten am 3. August 1933 in einer Stadtratssitzung gewählte ehrenamtliche Oberbürgermeister und Ortsgruppenleiter der NSDAP Dr. Filbig kandidiert für die DG (Deutsche Gemeinschaft) zum Oberbürgermeister.

Filbig erhält 47,1%, Lotter 23,4%, Falb 15,5% und Raß 13,5%.

Bei der folgenden Stichwahl traf die SPD mit einem Flugblatt eine Wahlempfehlung zugunsten von Lotter (CSU). Filbig wird mit 64% der Wählerstimmen Oberbürgermeister von Amberg.

1953

September:

Bundestagswahl: Bundestagskandidat ist Fritz Renner.

1954

November:

Landtagswahl: Anton Falb kommt über die Oberpfalzliste in den Bayerischen Landtag.

1955

Richard Schlagenhauer wird 1. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Amberg.

1956

18. März:

Kommunalwahlen: Die SPD erhält 10 Sitze im Stadtrat.

2. Mai:

Josef Regner wird 3. Bürgermeister von Amberg.
Fritz Renner wird Mitglied des Bayerischen Senats.

1957

September:

Bundestagswahl: Bundestagskandidat der SPD ist wiederum Fritz Renner.

1958

März:

Oberbürgermeisterwahl: Für die SPD kandidiert Josef Regner. Er erhält 18,2%, Dr. Steininger von der CSU 81,8% der Stimmen.

2. Mai:

Josef Regner wird 2. Bürgermeister von Amberg.

November:

Landtagswahl: Anton Falb kommt wiederum über die Wahlkreisliste in den Bayerischen Landtag.

1960

27. März:

Kommunalwahlen: Die SPD erreicht 11 Stadtratsmandate von 40.

1961

September:

Bundestagswahl: Für die SPD kandidiert im Wahlkreis 218 Georg Weich.

1962

November:

Landtagswahl: Anton Falb kommt über die Oberpfalzliste in den Bayerischen Landtag.

1964

8. März:

Oberbürgermeisterwahl: Gegen den amtierenden Oberbürgermeister von der CSU tritt Hans Seuß von der SPD an. Dr. Steininger (CSU) erhält 75,24 %, Hans Seuß 24,76 % der Wählerstimmen.

1965

September:

Bundestagswahl: Für die SPD bewirbt sich Georg Weich um ein Bundestagsmandat.

1966

3. März:

Josef Regner legt das Amt des 2. Bürgermeisters nieder.

4. März:

Kommunalwahlen: Die SPD erhält 10 Sitze im Stadtrat.

November:

Landtagswahl: Georg Weich rückt das erste Mal über die Oberpfalzliste in den Bayerischen Landtag ein.

1969

September:

Bundestagswahl: Im Wahlkreis 218 kandidiert für die SPD Herbert Püschel.

Wolfgang Sieler wird 1. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Amberg.

1970

März:

Oberbürgermeisterwahl: Der Kandidat der SPD ist MdL Georg Weich. Neuer Oberbürgermeister wird Franz Prechtl (CSU) mit 59 %, Georg Weich erhält 41 % der Wählerstimmen.

8. Juni:

Hans Seuß wird 2. Bürgermeister von Amberg.

November:

Landtagswahl: Georg Weich kommt über die Oberpfalzliste wiederum in den Bayerischen Landtag.

1972

11. Juni:

Oberbürgermeisterwahl: Der Kandidat der SPD Georg Weich unterliegt dem amtierenden Oberbürgermeister Franz Prechtl (CSU) mit 37,6 % zu 62,4 %.

11. Juni:

Kommunalwahl: Die SPD gewinnt 15 Stadtratsmandate von 40.

November:

Bundestagswahl: Wolfgang Sieler bewirbt sich um ein Mandat für die SPD im Deutschen Bundestag.

1974

Fritz Renner scheidet aus dem Bayerischen Senat aus.

Oktober:

Landtagswahl: Die Amberger SPD stellt erstmals seit 1946 keinen Landtagsabgeordneten. Georg Weich landete mit 21 435 Stimmen an 6. Stelle der Wahlkreisliste Oberpfalz und wurde 1. Ersatzmann.

Georg Weich wird 1. Vorsitzender des SPD-Stadtverbandes Amberg.

1975

30. Juni:

Hans Seuß legt das Amt des 2. Bürgermeisters nieder. Er tritt wieder in den Dienst der Stadtparkasse Amberg und muß somit, gemäß der Bayerischen Gemeindeordnung, auf sein Mandat verzichten.

1976

Oktober:

Bundestagswahl: Wolfgang Sieler kommt über die Landesliste Bayern erstmals in den Deutschen Bundestag.

1978

5. März:

Oberbürgermeisterwahl: Der Kandidat der SPD, Horst Schwellnus, unterliegt mit 34 % der Stimmen dem amtierenden Oberbürgermeister Franz Prechtl (CSU) mit 66 %.

5. März:

Kommunalwahlen: Die SPD erreicht 14 Stadtratssitze.

Oktober:

Landtagswahl: Georg Weich bewirbt sich letztmals um ein Mandat im Bayerischen Landtag.

1979

Heinz Schmidt wird 1. Vorsitzender des SPD-Stadtverbandes Amberg.

1980

Oktober:

Bundestagswahl: Wolfgang Sieler kommt abermals über die Landesliste Bayern nach Bonn.

1982

Oktober:

Landtagswahl: Landtagskandidat der SPD ist Armin Nentwig. Er wird 1. Ersatzmann auf der SPD-Wahlkreisliste.

Oktober:

Nach dem Mißtrauensvotum gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt spricht Willy Brandt auf dem Amberger Marktplatz.

1983

März:

Bundestagswahl: Wolfgang Sieler wird wieder MdB.

1984

18. März:

Oberbürgermeisterwahl: Thomas Fleischmann von der SPD erreicht 41 %, der CSU-Oberbürgermeister Franz Prechtl 59 % der Wählerstimmen.

18. März:

Kommunalwahlen: Die SPD erringt 15 von 40 Stadtratssitzen.

1986

15. Oktober:

Landtagswahl: Armin Nentwig kommt über die Oberpfalzliste als Wahlkreisabgeordneter in den Bayerischen Landtag.

1987

März:

Bundestagswahl: Wolfgang Sieler kommt über die Landesliste wieder als MdB nach Bonn.

1988

2. Juli:

Dieter Löw wird 1. Vorsitzender des SPD-Stadtverbandes Amberg.

2. Juli:

Heinz Schmidt wird Ehrenvorsitzender der Amberger SPD.

1. Vorsitzende der SPD in Amberg:

1906 bis 1922: **Gottlieb Stark**

1922 bis 1933: **Xaver Kemeter**

Xaver Kemeter kam 1933 ins KZ nach Dachau und wurde in den letzten Kriegsjahren von den Nationalsozialisten im KZ Buchenwald umgebracht. Obwohl Kemeter Amberger war und in der Schwaigerstraße 12 wohnte, verfügt das Einwohnermeldeamt in Amberg keinerlei Unterlagen von Xaver Kemeter. Zwischendurch war er wieder frei.

Vorübergehend berief man **Andreas Heuberger** und **Adolf Flügel** zu 1. Vorsitzenden.

1933 (22. Juni): Die SPD wird verboten!

1945 bis 1948: **Hans Pfab**

1948 bis 1951: **Martin Ibler**

1951 bis 1955: **Josef Holzer**

1955 bis 1957: **Richard Schlagenhauser**

1957 bis 1969: **Horst Schwellnus**

1969 bis 1974: **Wolfgang Sieler**

1974 bis 1979: **Georg Weich**

1979 bis 1988: **Heinz Schmidt**

seit 1988: **Dieter Löw**

1946 (13. Sept. bis
1946 24. Sept.) OB

Oberbürgermeister
von Amberg

1946 (6. Juni bis
1948 29. Nov.)

2. Bürgermeister von Amberg

Josef Regner:

1958 (2. Mai bis

1966 3. März)

1956 (2. Mai bis

1958 2. Mai)

2. Bürgermeister von Amberg

3. Bürgermeister von Amberg

Hans Seuß:

1970 (8. Juni bis

1975 30. Juni)

2. Bürgermeister von Amberg

Anton Falb:

1950 bis 1954 MdL

1954 bis 1958 MdL

1958 bis 1962 MdL

1962 bis 1966 MdL

Georg Weich:

1966 bis 1970 MdL

1970 bis 1974 MdL:

Stellvertr. Vorsitzender
im Ausschuß für „Wirtschaft
und Verkehr“

Armin Nentwig:

1986 bis 1990 MdL

Abgeordnete, Oberbürgermeister und Bürgermeister der SPD Amberg

Christian Endemann:

1924 bis 1932 MdL

1946 bis 1950 MdL (gestorben am 30. Mai 1950)

1945 (13. Mai bis

1946 31. Mai) OB

Kommissarischer Ober-
bürgermeister von Amberg

Wolfgang Sieler:

1976 bis 1980 MdB

1980 bis 1983 MdB

1983 bis 1987 MdB

1987 bis 1991 MdB

Fritz Renner:

1956 bis 1974

Senator: Mitglied des Bayer. Senats

Die Stadträte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) in der Stadt Amberg

1929 bis 1933:

Gottlieb Stark
Christian Endemann
Josefine Rupprecht
Hans Kastner
Josef Regner
Hans Klein
Kramer
Otto Höpfel
Hans Stadelbauer

1933 (22. 4. bis 22. 6.):

Josef Regner
Andreas Heuberger
Xaver Kemeter
Hans Ries
Martin Ibler (für Hans Ries)

1946 bis 1948:

Josef Regner
Martin Ibler
Josefine Rupprecht
Christian Endemann
Konstantin Vanicek
Otto Höpfel
Martin Bauer
Adolf Flügel
Georg Schanderl

1948 bis 1952:

Christian Endemann (bis 30. Mai 1950)
Dr. Erhard Hille
Willi Kammermeier (bis 31. März 1949)
Otto Höpfel
Martin Ibler
Konstantin Vanicek
Josef Regner

Josefine Rupprecht (für Kammermeier)
Georg Schanderl (für Endemann)

1952 bis 1956:

Anton Falb, MdL
Dr. Erhard Hille
Josef Regner
Martin Ibler
Josefine Rupprecht
Fritz Renner

1956 bis 1960:

Anton Falb, MdL
Josef Regner
Josefine Rupprecht
Fritz Renner
Hans Seuß
Otto Höpfel
Richard Schlagenhauer
Josef Kubick
Fritz Enderlein
Heinrich Schopohl

1960 bis 1966:

Josef Regner
Josefine Rupprecht
Fritz Renner
Hans Seuß
Georg Weich
Horst Schweltnus
Fritz Enderlein (bis 19. 10. 1961)
Josef Kubick
Otto Höpfel
Luitpold Steiner
Anni Schloßnagel
Heinz Schmidt (für Enderlein)

1966 bis 1972:

Georg Weich, MdL
Hans Seuß
Fritz Renner
Horst Schwellnus
Josefine Rupprecht (bis 31. 12. 1971)
Heinz Schmidt
Luitpold Steiner
Anni Schloßnagel
Rudolf Roempler
Walter Stefes
Thomas Fleischmann (für J. Rupprecht)

1972 bis 1978:

Georg Weich, MdL
Thomas Fleischmann
Hans Seuß (bis 22. 2. 1976)
Horst Schwellnus
Friedl Römer
Günter Müller
Fritz Renner
Heinz Schmidt
Walter Stefes
Kurt Renner
Dieter Spörl
Luitpold Steiner (bis 1975)
Georg Schwantner
Roland Adler
Rudolf Roempler
Manfred Pollok (für Steiner)
Willibald Bauer (für Seuß)

1978 bis 1984:

Horst Schwellnus (bis 7. 8. 1978)
Georg Weich
Thomas Fleischmann
Günter Müller
Roland Adler
Heinz Schmidt
Walter Stefes
Friedl Römer
Fritz Renner
Hans Essinger
Armin Nentwig
Dieter Spörl
Georg Schwantner
Heinz Netta
Willibald Bauer (für Schwellnus)

1984 bis 1990:

Thomas Fleischmann
Georg Weich
Armin Nentwig, MdL
Heinz Schmidt
Monika Schmidt
Roland Adler
Friedl Römer
Dieter Spörl
Willibald Bauer
Heinz Netta (wegen Wohnungswechsel 1986
ausgeschieden)
Wilfried Lux
Ingrid Lay
Georg Schwantner
Hans Essinger
Manfred Pollok
Martin Seibert (für Netta)

Die bedeutendste Persönlichkeit der Amberger SPD in der Weimarer Republik und nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes 1945 war zweifellos **Christian Endemann**. Dieser wurde am 1. Juli 1885 in Fattigau bei Hof an der Saale geboren. Er war der erste Sohn der Eheleute Andreas und Friederike Endemann. Es folgten noch fünf jüngere Geschwister. Endemann erlernte bei der Marktredwitzer Eisenfabrik Rockstroh den Beruf Eisengießer (Former). In der Zeit von 1897 bis 1918 war er in seinem Beruf als Former tätig. Der SPD trat er 1908 bei. Als junger Metallarbeiter engagierte er sich in der Gewerkschaftsbewegung.

1918 wurde er Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Amberg. Die Geschäftsstelle war in einem Haus am Kaiser-Ludwig-Ring 13 untergebracht. Hier wohnte Endemann auch mit seiner Frau und den beiden Töchtern. Die Funktion eines Gewerkschaftssekretärs hatte er inne bis zu seiner Entlassung im Jahre 1933. In den Jahren 1924 bis 1932 war Endemann Mitglied des Bayerischen Landtags.

Als Reichsbannerführer wurde er im März 1933 erstmals in Schutzhaft genommen, ein zweites Mal am 30. Juni 1933 und ins KZ Dachau verbracht. 1935 erfolgte eine erneute Verhaftung wegen Vorbereitung zum Hochverrat. An 15 Monate Untersuchungshaft in Nürnberg schlossen sich damals 2½ Jahre Haft im KZ in Dachau an. 30 Monate allein saß er in einem Dunkelbunker in Dachau. Diese schlimme Zeit konnte nicht die Würde und Überzeugung des Sozialdemokraten Endemann brechen, die Gesundheit war jedoch ruiniert. Ab 1942 war Endemann im Sparkassenwesen (Volksbank) tätig. Schließlich folgte am 22. 8. 1944 eine erneute Schutzhaft für fünf Monate im KZ Flossenbürg.

Am 13. Mai 1945 wurde Christian Endemann durch die Militärregierung zum kommissarischen Oberbürgermeister der Stadt Amberg berufen. Im Juni 1946 folgte dann seine Wahl zum berufsmäßigen 2. Bürgermeister, der er bis 30. Juni 1948 blieb. Er war SPD-Stadtrat der Stadt Amberg von 1929 bis 1933 und von 1946 bis 1950.

Am 30. Mai 1950 verstarb Christian Endemann in Amberg.

Er hatte sich gesundheitlich von den Schikanen der Nazis nicht mehr erholt.

Am 10. Juni 1910 wurde **Fritz Renner** in Amberg in der Regensburger Straße 41 geboren. Er besuchte acht Klassen der Pestalozzischule, dann vier Jahre die Werkschule bei der Deutschen Präzisions-Werkzeug AG, der vormaligen Gewehrfabrik, wo er von 1924 bis 1928 den Beruf eines Lehrenmachers erlernte. Dort legte er die Gesellenprüfung ab. Mit 16 Jahren kam er bereits zur Gewerkschaft und zur Sozialistischen Arbeiterjugend. Diese Organisationen übernahmen die Weiterbildung von Fritz Renner. Mit einem Stipendium ausgestattet, ging er an die Staatliche Heimvolkshochschule nach Gera in Thüringen. Ein Fortführungskurs schloß sich 1930 an. Er wurde Verwaltungsmitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Die politische Entwicklung Fritz Renners erfuhr 1933 eine Unterbrechung. 1934 arbeitete er bei den Mauser-Werken in Oberdorf am Neckar in seinem erlernten Beruf. Dort erreichte ihn 1935 der Haftbefehl der Gestapo. In Nürnberg waren Personalakten der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend gefunden worden, darin auch der Name Fritz Renner. In München wurde ihm der Prozeß gemacht. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Die Schutzhaft im Konzentrationslager Dachau schloß sich an. Sie dauerte von Mai 1936 bis Ende 1937. Im KZ Dachau machte er Bekanntschaft mit Kurt Schumacher. Mit Sicherheitsauflagen wurde Fritz Renner dann nach Amberg entlassen.

Zwischenzeitlich hatte er sich durch Eigenstudium auch auf kaufmännischem Gebiet weitergebildet. 1938 nahm er als Preßluftschlosser in der DEPRAG die Arbeit auf, wurde später Techniker und nach 1945 zeitweise Betriebsleiter. Dem ehemaligen KZ-Häftling Fritz Renner ist es zu verdanken, daß die DEPRAG damals von der Demontage verschont blieb.

1949 wurde ihm die Leitung als hauptamtlicher Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft Amberg übertragen. Er blieb dort bis 1973 und in diese Phase fallen die entscheidenden Jahre des Aufbaues, der Erweiterung, der Kooperation des Kosums zum co op, die Konsolidierung eines expandierenden Unternehmens.

Über die Sozialistische Arbeiterjugend war Fritz Renner 1928 zur SPD gekommen, die ihn 1952 für den Stadtrat nominierte. Er war Stadtratsmitglied von 1952 bis 1984, bis er sich aus Altersgründen aus der Politik zurückzog.

1949 und 1953 war Fritz Renner Direktkandidat für die SPD im Bundeswahlkreis 218. Bei der Bundestagswahl 1957 hatte man ihn auf der Landesliste aussichtsreich abgesichert, aber Fritz Renner winkte aus Gesundheitsgründen ab.

Am 10. Januar 1983 verlieh der damalige SPD-Landesvorsitzende Dr. Helmut Rothemund im Gewerkschaftshaus die Georg-von-Vollmar-Medaille, die höchste Auszeichnung, die die Bayerische SPD an Sozialdemokraten zu vergeben hat. Fritz Renner war Träger des Bayerischen Verdienstordens und der Bürgermedaille.

Fritz Renner leugnete nie seine geistige Verwandtschaft zu Dr. Wilhelm Högner, trat unbeirrt ein für sein Verständnis von Demokratie, daß jeder daran mitzutragen und mitzubauen habe an diesem Staat, und eine stete Sorge war ihm der Bestand der Demokratie. Einen Faschismus sollte es nie wieder geben.

„Es gab im Leben von Fritz Renner die eine Maxime: Was er einmal als richtig erkannt hatte, verfolgte er mit aller Konsequenz, die bewußte Konfrontation ebenso einschloß wie das Bemühen um Ausgleich; und es war ein Stück dieses Lebens und das Ergebnis eigener bitterer Erfahrung, daß der Arbeiter sich gewerkschaftlich organisieren und politisch orientieren mußte – wie er es selbst von früher Jugend an getan hatte.“ (Bert Schindler, AZ vom 25. 4. 1985)

Die Amberger gedenken heute noch in Ehrfurcht und Dankbarkeit dieses aufrechten Sozialdemokraten Fritz Renner, der sich stets in der Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit wußte und einer jungen Generation ein Beispiel bot.

Zweiter Bürgermeister **Josef Regner** wurde am 6. Oktober 1890 in Amberg geboren. Nach seiner Schulzeit erlernte er in der Luitpoldhütte Amberg das Formerhandwerk. Im

Anschluß daran war er bis zum Jahre 1910 als Jungarbeiter in Nürnberg tätig.

Nach Beendigung seiner Militärdienstzeit kehrte er im Jahre 1913 wieder an seinen früheren Arbeitsplatz in der Luitpoldhütte zurück. Josef Regner lernte von 1914 bis 1918 an verschiedenen Fronten die Schrecken und Greuel des 1. Weltkrieges kennen. Nach seiner Heimkehr nahm er seine Arbeit erneut in der Luitpoldhütte auf.

Mit seinem Beitritt zur SPD im Jahre 1908 bekannte sich Regner zu den politischen Ideen der Sozialdemokratie. Dieses Bekenntnis leugnete er niemals, auch zur Nazi-Zeit nicht, als er sich Psychoterror ausgesetzt sah. Lange Zeit war er 2. Vorsitzender der Amberger SPD. Als Betriebsrat trat er von 1920 bis 1933 energisch und unermüdlich für die Rechte, Sorgen und Nöte seiner Arbeitskollegen ein. Als Funktionär der Ortsverwaltung Amberg des Metallarbeiterverbandes nahm er weiter die Gelegenheit wahr, die Interessen der Arbeiter nachhaltig zu vertreten.

Ferner war er Gründungsmitglied und 1. Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt. Seit 1920 gehörte er dem Verwaltungsrat der Konsumgenossenschaft Amberg als Mitglied an. Schließlich wirkte er auch an der Gründung des Arbeiter-Turn- und Sportvereins Amberg mit, aus dem der 1. FC Amberg hervorging.

Zum ersten Mal zog Bürgermeister Josef Regner im Jahre 1929 in den Amberger Stadtrat ein. Seine Amtszeit fand am 14. Juni 1933 ein jähes Ende. Von der NSDAP aller Ämter und Funktionen enthoben, wurde er in Schutzhaft genommen. Die Jahre bis zum Zusammenbruch 1945 waren für Josef Regner Jahre des Leidens. Gewillt, seine einmal als recht erkannte Gesinnung nicht zu verleugnen, beugte er sich der Gewalt der Nationalsozialisten nicht. Im Jahre 1934 kam er wieder in Schutzhaft, wurde 1944 erneut verhaftet und ins KZ verbracht. In Flossenbürg mußte er die Marter des Konzentrationslagers erleiden.

Gleich nach Beendigung des 2. Weltkrieges war Josef Regner bereit, am Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens mitzuarbeiten. Er gründete mit Endemann, Renner, Flügel und Heuberger die Amberger SPD wieder, trat der neuerstandenen Gewerkschaft bei, leitete als Treuhän-

der und Geschäftsführer die Konsumgenossenschaft Amberg und wirkte mit bei Wiedergründung der Arbeiterwohlfahrt.

Wiederum wurde Josef Regner Mitglied des Amberger Stadtrates. Von 1945 bis zu seinem Tode am 18. März 1966 war er ununterbrochen SPD-Stadtrat in Amberg.

Im Stadtrat zeichnete sich Josef Regner durch die Unbestechlichkeit seiner Ansichten und Argumente aus, die stets das Wohl der Allgemeinheit zum Ziele hatten.

Aus Anlaß seines 75. Geburtstages ernannte ihn 1965 der Stadtrat mit einstimmigem Beschluß zum Ehrenbürger der Stadt Amberg. Über 20 Jahre war 2. Bürgermeister Josef Regner Mitglied des Amberger Stadtrates. Er war vom 2. Mai 1958 bis 3. März 1966 2. Bürgermeister von Amberg.

Bei der Oberbürgermeisterwahl 1958 war er OB-Kandidat der SPD. Die Erfahrungen in den Jahren vor dem 2. Weltkrieg und die ununterbrochene Amtszeit danach machten Josef Regner zu einem hervorragenden Kenner der Kommunalpolitik. Welche Entscheidungen er immer zu treffen hatte, stets ließ er sich von dem Nutzen für das Allgemeinwohl der Bürger leiten.

Bürgermeister Josef Regner erfreute sich großer Wertschätzung und Beliebtheit der Amberger Bevölkerung. Seine Standhaftigkeit im privaten und politischen Leben machten ihn stets zu einem glaubwürdigen Streiter für das Gemeinwohl. Am 14. März 1961 empfing er aus der Hand des damaligen Regierungspräsidenten der Oberpfalz, Dr. Zizler, das Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Anton Falb, MdL a. D.: Anton Falb wurde als 4. Kind eines Hüttenarbeiters am 2. Oktober 1905 in Mühlberg bei Eger/Sudetenland geboren. Schon in frühester Kindheit bekam er die großen sozialen Probleme am eigenen Körper zu verspüren. Nach dem Schulbesuch kam er 1920 in eine kaufmännische Lehre und trat gleichzeitig der Sozialistischen Jugend und den Gewerkschaften bei. Er bekleidete in der Folgezeit verschiedene Funktionen bei der SPD, den Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaft. Im Jahre 1926 wurde er gemaßregelt, weil er sich aktiv als

SPD- und Gewerkschaftsfunktionär betätigt hatte, und verlor seinen Arbeitsplatz als Angestellter. Er arbeitete dann fünf Jahre lang als Hütten- und Bauhilfsarbeiter, bis er im Jahre 1931 eine Anstellung als Gemeindeschreiber erhielt. Das Jahr 1933 brachte dem SPD-Vorsitzenden Verfolgungen und das Verbot politischer Betätigung. Er wurde mehrmals in den folgenden Jahren inhaftiert. Den 2. Weltkrieg machte er an verschiedenen Fronten mit und erlebte die amerikanische, russische und tschechische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Entlassung und Ausweisung aus dem Sudetenland erhielt er im Jahre 1946 eine Anstellung als Gemeindesekretär der Marktgemeinde Altmannstein/Oberpfalz. 1947 wurde er zum geschäftsführenden Vorsitzenden des DGB für den Bezirk Amberg/Sulzbach in Amberg bestellt. 1950 erfolgte seine Wahl in den Bayerischen Landtag (Amberger Zeitung: Dienstag, 18. 3. 1952).

Anton Falb war von 1950 bis 1966 Mitglied des Bayerischen Landtags. Er war SPD-Stadtrat in der Stadt Amberg von 1952 bis 1956 und von 1956 bis 1960.

Als SPD-Oberbürgermeisterkandidat bei der Wahl 1952 erreichte Falb 15,5 %, Michael Lotter von der CSU 23,4 %, Dr. Hans Raß von der Bayernpartei 13,5 % und Dr. Filbig, einstmals von den Nationalsozialisten 1933 eingesetzter Oberbürgermeister, erzielte mit seiner DG (Deutsche Gemeinschaft) 47,1 %.

Am 17. September 1925 wurde **Horst Schwellnus** in Memel, Ostpreußen, geboren. Seit seiner frühen Kindheit – 1930 wurden seine Eltern ausgewiesen – lernte er die Härten des Lebens kennen, was sich für sein späteres Handeln und Wirken prägend auswirkte.

Nach dem Besuch der Volks- und Realschule absolvierte er eine kaufmännische Lehre, mußte 1942 zum Reichsarbeitsdienst und dann zum Kriegsdienst an die Front. Als Angehöriger der Deutschen Wehrmacht war er zuletzt in Italien eingesetzt.

Die Zeit nach 1945 führte Horst Schwellnus nach Zinsendorf in den Bayerischen Wald, wo er seine Frau kennenlernte und von wo aus ihn die Arbeitssuche nach Amberg führte. 1947 begann er als Bergmann unter Tage bei der Luitpoldhütte.

Die Luitpoldhütte prägte ganz entscheidend das Profil des späteren Gewerkschafters, Sozialdemokraten und Kommunalpolitikers. Von 1952 bis 1958 leitete Horst Schwellnus die Jugendarbeit der Industriegewerkschaft „Bergbau und Energie“, schon 1953 wurde er für den Bereich Bergbau in den Betriebsrat der Luitpoldhütte gewählt, von 1958 bis 1964 gehörte er dem Vorstand der nordbayerischen IG Bergbau und Energie an. Es spricht für das große Vertrauen der Arbeiterschaft, daß er auch 1955 stellvertretend den Vorsitz im Betriebsrat übertragen bekam, den er schließlich 1968 übernahm. 1959 wurde er dann, als Bestätigung seiner Arbeit und seines Einsatzes, in den Aufsichtsrat der Luitpoldhütte als Arbeitnehmervertreter gewählt, 1974 wurde er Mitglied des Präsidiums des Aufsichtsrates der Salzgitter AG und arbeitete zudem als stellvertretender Vorsitzender des Investitionsausschusses im Konzern.

Diese Daten kennzeichnen auch das Werden und Wachsen der Luitpoldhütte AG. In die Zeit, in der Horst Schwellnus als Betriebsrat, als Funktionär der IG Bergbau und Energie, der IG Metall tätig war, fielen aber auch die entscheidenden Phasen der Umstrukturierung dieses Unternehmens wie 1964 die Einstellung des Bergbaues, 1968 die Stilllegung des Hochofens und der Kokerei.

Seine politische Heimat hatte Horst Schwellnus 1953 bei der SPD gefunden. Als Vorsitzender des Ortsvereins leistete er von 1957 bis 1969 politische Aufbauarbeit. 1960 wählte ihn die Amberger Bevölkerung erstmals in den Stadtrat. 1972 übernahm Horst Schwellnus den Vorsitz der SPD-Stadtratsfraktion, 1978 war er OB-Kandidat der Sozialdemokraten bei der Oberbürgermeisterwahl.

Wo er überzeugt war, bot Horst Schwellnus dem politischen Gegner seine loyale Zusammenarbeit an, wo er sich in eigener Meinung gefestigt wußte, stand er dazu ohne Konzession und Kompromiß. Getragen waren alle seine Aktivitäten letztlich immer von der Sorge um das Allgemeinwohl, von der Mitverantwortung für den Nächsten, um den Mitbürger von nebenan in seinen kleinen und großen Sorgen. Menschenwürde, Gewissensfreiheit, Gleichberechtigung und Solidarität waren für Horst Schwellnus nicht nur Schlagworte, sie waren sein Lebensgrundsatz.

Hans Seuß wurde am 20. Januar 1922 in Amberg geboren. Er verbrachte auch seine Jugendzeit in Amberg, er verlor früh die Mutter und trat nach Besuch der Volks- und Berufsschule eine kaufmännische Lehre an, die er 1939 abschloß. Er blieb noch als Angestellter tätig und meldete sich 1940 freiwillig zur Luftwaffe. Drei Monaten beim Reichs-Arbeits-Dienst schloß sich die Ausbildung zum Piloten an. In Thüringen geriet er in amerikanische Gefangenschaft, wurde den Russen ausgeliefert, flüchtete und kam in US-Gewahrsam, aus dem er im September 1945 nach Amberg heimkam.

Die Rückkehr in seinen erlernten Beruf gelang am 1. September 1946. Hans Seuß kam zur Stadtsparkasse, qualifizierte sich für die gehobene Laufbahn und wurde am 1. August 1953 zum Inspektor ernannt. Vertraut mit dem Sparkassenwesen, durchlief er die Stationen als Oberinspektor, Amtmann, Oberamtman, Amtratsrat und Innenrevisor zum Filialleiter in der Friedlandstraße. Dazwischen lagen drei Jahre als Selbständiger in der freien Wirtschaft.

Politisches Engagement war Hans Seuß schon vom Vater her mitgegeben. Dieser gelernte Büchsenmacher war seit 1906 Mitglied der Sozial-Demokratischen Partei. Es war sicherlich nicht alleine eine Familientradition, die Hans Seuß zur aktiven Politik kommen ließ. Es war vielmehr eine Pflicht zur Mitverantwortung gegenüber der Gesellschaft, in der niemals mehr eine Jugend guten Glaubens für eine schlechte Sache mißbraucht werden dürfe. Dies war sein Grundsatz. Diese Maxime schuf einen liberalen Sozialdemokraten, der hier wie dort gegen alle ideologischen Extreme kämpfte.

Schon 1946 gehörte Hans Seuß dem Gewerkschaftsbund an, 1950 wurde er Mitglied der SPD in Amberg. Die Partei berief ihn 1952 in den Kreisverband und nominierte ihn damals als den Jüngsten für den Stadtrat. Er bekam ein Mandat, wurde Fraktionsvorsitzender und 1970 Bürgermeister. Hans Seuß hat sich selbst, seinen Parteigenossen und dem politischen Gegner viel abverlangt. Mit einem persönlich engagierten und sehr selbstbewußt gehandhabten politischen Stil hat er viel zur Versachlichung der Kommunalpolitik beigetragen, sich damit Wertschätzung

und Ansehen auch bei der politischen Gegenseite erworben.

Als es die Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern unvereinbar machte, als Stadtrat zugleich Stadtbediensteter zu sein, die sogenannte Inkompatibilität, traf Hans Seuß am 30. Juni 1972 eine außerordentlich schwierige Entscheidung: Er kündigte bei der Stadtparkasse sein Beamtenverhältnis und ging als Geschäftsführer in die freie Wirtschaft. Somit konnte er seinen Platz als Bürgermeister neben dem Oberbürgermeister auf der Amberger Regierungsbank im Rathaus beibehalten. Am 1. Juli 1975 entschloß sich Hans Seuß dazu, wieder in den Dienst der Stadtparkasse zu treten und dafür auf das Mandat zu verzichten.

Hans Seuß zählte 1956 zu den Mitbegründern der „Volksbühne“, deren Geschäftsführer er war; er verwandte sich vom Gründungstag an für den Theaterbauverein als Schatzmeister. Ein neues Stadttheater am Schrankenplatz war das erklärte Ziel. Nicht zuletzt hatte Hans Seuß Anteil am Werden und Wachsen einer städtischen Baugenossenschaft, wie sie nun als Stadtbau GmbH seine Vorstellungen verwirklicht. Hans Seuß wußte sich der freien Natur verbunden, war begeisterter Jäger und engagierter Sportler in den Reihen des Kraftsportclubs.

Hans Seuß war Stadtrat in Amberg von 1956 bis 1975, war 2. Bürgermeister vom 8. Juni 1970 bis 30. Juni 1975 und OB-Kandidat der SPD bei der Oberbürgermeisterwahl 1964. Hans Seuß verstarb am 22. 2. 1976.

Es gibt in Bayern eine Partei, die betrachtet ihre Gründung vor 40 Jahren als einen Glücksfall für die Menschheit, die Amberger SPD betrachtet es als einen Glücksfall, einen **Georg Weich** in ihren Reihen zu wissen.

Georg Weich wurde am 24. Oktober 1920 in Amberg geboren. Nach der Schulausbildung beginnt er eine Ausbildung im Verwaltungsbereich. Der junge Verwaltungslehrling, der von 1935 bis 1938 beim Arbeitsamt praktiziert hatte, kam 1939 zum Reichs-Arbeits-Dienst und zur Luftwaffe. Als Soldat und Offizier wird er in der Luftnachrichten- und Fallschirmtruppe in Frankreich und Rußland einge-

setzt. Als Leutnant geriet er 1945 in amerikanische und englische Gefangenschaft.

Es folgten nun Jahre, in denen er seine Berufsausbildung fortsetzen und erweitern konnte, es kam zum Studienjahr an der Sozialakademie in Dortmund und schließlich 1956 die gewerkschaftliche Tätigkeit bei der ÖTV. Etwa gleichzeitig beginnt seine parteipolitische Betätigung bei der SPD in Amberg.

1960 kandidierte er erstmals für den Stadtrat, wurde gewählt und gehört seitdem ununterbrochen dem Amberger Stadtrat an. 1961 und 1965 trat er als Bundestagskandidat gegen die übermächtige politische Gegenseite in den Wahlkampf. Von 1966 bis 1970 zog er das erste Mal in das Münchner Maximilianeum als Landtagsabgeordneter ein. Im Bayerischen Kulissengeflüster vom Freitag, 14. April 1967, findet sich bereits eine Passage über Georg Weich: „Wenn Eberhard (damaliger Staatsbankpräsident) auf Weich aufmerksam wurde . . . so deshalb, weil dieser Oppositionsredner der Staatsregierung so hart am Zeug flickte. „Was ist denn das für einer, der heizt ihnen ja ordentlich ein, der bringt endlich einmal Schwung herein“, stellte Eberhard fest, während Weich in seiner Philippika fortfuhr.“ Georg Weich vertrat im Landtag konsequent seine Ideen, wobei ihm als Mitglied des Beamtenrechts- und Besoldungsausschusses Fragen der Strukturpolitik für Ostbayern besonders am Herzen lagen und noch liegen.

1970 errang er als OB-Kandidat gegen Franz Prechtel mit 40,8 % der Stimmen einen großartigen Erfolg. 1972 erzielte Georg Weich bei der Oberbürgermeisterwahl 38 % als OB-Kandidat der SPD in Amberg. Von 1970 bis 1974 kommt Georg Weich wieder als Wahlkreisabgeordneter in den Bayerischen Landtag. Dort wird er, was ein Novum darstellt, als erster Nichtakademiker stellvertretender Vorsitzender im Ausschuß für „Wirtschaft und Verkehr“.

1974 und 1978 bemüht er sich vergeblich um ein Mandat im Landtag, eine Folge der kleinen Stimmkreise.

All sein politisches Engagement war und ist für Georg Weich keine Pflichtaufgabe, die er für seine Partei erfüllt. Es ist die Leidenschaft des überzeugten Sozialdemokraten, der auch die christliche Soziallehre und Ethik bestens

kennt, und der Wille, für die Mitmenschen dazusein. Die Amberger Wählerschaft hat diesen Einsatz für sie stets honoriert.

Kritikfähigkeit, analytischer politischer Sachverstand, Solidarität, Akzeptanz des politisch Andersdenkenden, tiefes Verantwortungsbewußtsein und Fairneß sind Kräfte, die die Persönlichkeit eines Georg Weich prägen.

Die Amberger kennen Georg Weich auch als aktiven Mitarbeiter in Sportvereinen, als langjährigen Vorsitzenden des Stadtverbandes für Leibesübungen, als Sozialrichter, als Ausbildungsleiter, als Rechtsberater und Rechtsvertreter vor Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichten und vor Dienststrafkammern.

Als „Ruheständler“ gibt er sich nun jenen Mühen hin, die bisher in seinem Leben hintangestellt werden mußten, doch solch ein Vollblutpolitiker wie Georg Weich kommt eben ohne Politik nie ganz aus. Sein Engagement ist ungebrochen. Als weiser Ratgeber ist er für die politischen Epigonen unersetzbar.

Heinz Schmidt wurde am 2. Oktober 1927 in Liegnitz in Schlesien geboren. Nach seiner Schulzeit war er kurzfristig bei der Reichspost tätig. Dann folgten Reichsarbeitsdienst und Wehrmacht – eine Epoche im Leben, die ihm und vielen seiner Altersgenossen nicht erspart blieb. Aus der Kriegsgefangenschaft entlassen, trat er im Jahre 1947 in die Luitpoldhütte ein. Bei diesem Unternehmen war er 40 Jahre lang als Sicherheitstechniker beschäftigt.

In der Amberger Öffentlichkeit ist Heinz Schmidt für seine engagierte Gewerkschaftsarbeit bekannt. Er vertrat über viele Jahre hinweg die örtlichen und Oberpfälzer Belange der IG-Metall-Jugend, war Vorsitzender des Jugendkreis-ausschusses und gehörte 37 Jahre lang der IG-Metall-Ortsverwaltung an. Heinz Schmidt leitet auch als „Ruheständler“ noch den IG-Metall-Arbeitskreis „Arbeitssicherheit“ und wirkt darüber hinaus noch aktiv in verschiedenen Gremien der Gewerkschaft mit. Heinz Schmidt ist auch als Initiator vieler Auslandsfahrten in europäische Länder bekannt.

Der SPD gehört Heinz Schmidt seit 1949 an. 1978, nach über 20 Jahren politischer Arbeit im örtlichen Stadtverband, wurde er zum 1. Vorsitzenden des Amberger Stadtverbandes gewählt. Dieses Amt hatte er bis Juni 1988 inne. Die Sozialpolitik liegt ihm besonders am Herzen. In den Ausschüssen des Stadtrates vertritt und vertrat Heinz Schmidt ganz entschieden die Belange der Arbeiter und Angestellten. Sein umfangreiches Wissen auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialrechts wendet Heinz Schmidt konsequent bei seiner politischen Arbeit an. Seine praktischen Erfahrungen als ehemaliger Arbeitsrichter und Jugendschöffe bei der großen Strafkammer dienen oft als wertvolle Entscheidungshilfen.

Heinz Schmidt ist seit 27 Jahren ununterbrochen im Stadtrat. 1961 wurde er als Nachfolger von Fritz Enderlein in den Amberger Stadtrat berufen. Seine Tätigkeit in den Ausschüssen des Stadtrates ist für ihn stets Anlaß, die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Stadt und ihrer Bürger zu vertreten. Noch gerne erinnert sich Heinz Schmidt an seine Rolle als Faschingsprinz von Amberg im Jahre 1960.

Heinz Schmidt ist der erste Ehrenvorsitzende der Amberger SPD.

Amberg hat seit 1945 eine gewachsene sozialdemokratische Tradition: Namen wie Endemann, Regner, Seuß, Schwellnus und Renner wirken noch bis heute und stehen dafür, daß auch in Amberg eine „rote“ Politik machbar und wählbar ist. Wenngleich es noch zu keiner Zeit leicht war in Amberg ein Sozialdemokrat zu sein bzw. Fraktionsvorsitzender bei einer satten Mehrheit der Christlich-Sozialen Union. Zu jenen Sozialdemokraten, die beharrlich und aufrecht ihren politischen Weg gehen, die es sich nicht leicht machen und auch dem politischen Gegner nicht, zählt der Vorsitzende der SPD-Fraktion, **Thomas Fleischmann**. Er wurde am 24. April 1931 in Kohlheim im Böhmerwald geboren. Als 14jähriger wurde er aus seiner Heimat vertrieben. Straubing wurde eine Zwischenstation. Amberg wurde schließlich die zweite Heimat von Thomas Fleischmann. Nach viereinhalb Jahren Dienst beim Bundesgrenz-

schutz und ab 1956 als Fahrlehrer in Zivil machte er sich 1959 selbständig.

Am 1. Dezember 1965 trat Thomas Fleischmann in die SPD ein, kandidierte erstmals 1966 bei den Stadtratswahlen und rückte dabei vom letzten Listenplatz auf den 11. Platz vor und wurde erster Ersatzmann. Als Josefine Rupprecht am 1. Januar 1972 aus dem Stadtrat ausschied, nahm er ihren Platz ein und stellvertretend auch den Vorsitz in der SPD-Fraktion, als deren Vorsitzender er schließlich nach dem plötzlichen Tod von Horst Schweltnus berufen wurde. Zu dieser Zeit war er auch schon stellvertretender Vorsitzender des SPD-Stadtverbandes und Mitglied des SPD-Unterbezirksvorstandes. Als Sprecher der Verkehrswacht trat er bereits 1961 im Verkehrsausschuß des Stadtrates auf. Fragen des Straßenverkehrs sind schon von Berufs wegen sein Spezialgebiet und finden oft eine brauchbare Lösung, selbst wenn es die politische Gegenseite nicht immer wahrhaben will.

Thomas Fleischmann hat sich persönlich politisch profiliert und auch für seine Fraktion verbindliche Standorte bezogen, z. B. wenn es um den Naherholungsraum für Bürger geht (Galgenberg), wenn es um Belange des Städtebaus geht, wenn es um Wohnungs- und Grundstückspolitik geht, wenn das Wohl des kleinen Mannes auf dem Spiel steht. Als Mitglied einer Siedlergemeinschaft weiß Thomas Fleischmann, wovon er spricht.

Gemeinnutz vor Eigennutz, Einstehen und das Durchstehen für eine als notwendig erkannte und an der Überzeugung gereiften Sache, sind Charaktermerkmale eines Thomas Fleischmann.

Wolfgang Sieler, Schlosser, 8451 Kümmersbruck 3 – geboren am 31. 5. 1930 Leipzig, evangelisch, verheiratet, 3 Kinder – Volksschule, Berufsschule, Flugzeugelektrikerlehre und Schlosserlehre mit Gesellenprüfung. Studium an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg, Volkswirt grad., tätig bis 1956 als Betriebsschlosser, 1958/59 Vorstandsassistent bei der Maxhütte, ab 1959 DGB-Rechtsschutzsekretär, 1961/84 Bevollmächtigter der IG Metall in Amberg. Mitglied der Selbstverwaltung bei der

Bundesanstalt für Arbeit, Mitglied AR der Halberghütte Brebach/Saar. Mitglied IG Metall, der AWO, des Bayerischen Roten Kreuzes und des ASB. Vorsitzender im SPD-Unterbezirk Amberg-Neumarkt-Sulzbach, stellv. SPD-Bezirksvorsitzender, Mitglied im Landesvorstand und Kreistag Amberg-Sulzbach.

Armin Nentwig, Technischer Fernmeldehauptsekretär a. D., 8450 Amberg, Wahlkreis Oberpfalz, SPD. Geboren am 15. Mai 1943 in Hirschberg, evangelisch, verheiratet, Vater von 4 Kindern, Volksschule, Berufsausbildung als Fernmeldelehrling in Landshut. Abschluß 1961 als Fernmeldehandwerker. Fachausbildung an der Fernmelde-schule in Regensburg. 1964 Prüfung als Technischer Fernmeldeassistent, zuletzt Technischer Fernmeldehauptsekretär. Mitglied der SPD seit 1972. Stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Amberg-Sulzbach-Neumarkt. Seit 1978 im Stadtrat der Stadt Amberg, Gründer und 1. Vorsitzender der „Rollstuhlfahrer-Behinderten-gruppe und seiner Freunde Amberg und Landkreis“. Ab 1982 erster Ersatzmann für die Oberpfälzer SPD. Mitglied im Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen (besonderer Aufgabenbereich: Natur- und Artenschutz) und im Ausschuß für Eingaben und Beschwerden. Gefängnisbeirat der JVA Amberg. Mitglied des Bayerischen Landtags seit 1986.

